

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt:
 Die Verelendung der deutschen Arbeiter
 Das braune Netz in London
 Besitzsteuern — abgelehnt
 Die Antwort der Auslandspresse

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die neuen vierzehn Punkte

Am 8. Januar 1918 entwickelte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow Wilson, in einer Botschaft an den Kongreß seine berühmten vierzehn Punkte. Aus dem Geiste dieser vierzehn Punkte ist später der Völkerbundspakt hervorgegangen, wie auch der Versuch, den Krieg als Mittel internationaler Auseinandersetzungen auszuschalten.

Die kaiserlich-deutsche Regierung ist damals über diese vierzehn Punkte hinweggegangen; denn sie schwor auf die Gewalt als Grundlage des Rechts — sie hat späterhin, als sich erwies, daß die größere Gewalt auf der anderen Seite war, noch als Ertrinkende nach der Planke dieser vierzehn Punkte gegriffen.

Die deutsche Regierung von heute schwört wieder auf die Gewalt, ihr Weg ist bezeichnet mit einer Reihe von Rechtsbrüchen. Ihre Praxis ist unvereinbar mit dem Geiste des Völkerbundespaktes. Sie steht mit ihrer Gewaltpolitik nicht allein — die italienische faschistische Regierung hat ebenfalls kräftig an der Zerstörung der Rechtsgrundlagen der europäischen Sicherheit gearbeitet. Beide gemeinsam haben erreicht, daß der finstere Geist des Krieges in der internationalen Politik heute über die Ansätze zu einer allgemeinen friedlichen Rechtsordnung triumphiert hat. Die Krise und die Schwäche des Völkerbundes sind die Zeichen dafür.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nun abermals eine diplomatische Aktion unternommen, um den Geist des Rechts neu zu beleben. Am 16. Juli 1937 hat Staatssekretär Hull eine Erklärung über die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik abgegeben, die in den geistigen Grundlagen wie in den wesentlichsten Forderungen rechtlicher Natur mit den vierzehn Punkten Wilsons übereinstimmt. Diese Tatsache wird durch die Form unterstrichen; denn die Prinzipien dieser Erklärung sind abermals in vierzehn Punkte gegliedert.

Diese neuen vierzehn Punkte sind auf diplomatischem Wege allen Regierungen der Erde zur Kenntnis gebracht worden, und 40 Regierungen haben den Vereinigten Staaten ihre Zustimmung zu ihnen bekannt gegeben. So stellt sich heute neben den Völkerbundspakt ein neuer Versuch einer Wiederbelebung des internationalen Rechts, dessen Bedeutung darin liegt, daß er von den Vereinigten Staaten ausgeht. Diese vierzehn Punkte beginnen mit der Erklärung, daß es in keinem Teile der Welt schwere Feindseligkeiten geben könne, ohne daß die Interessen der Vereinigten Staaten davon berührt würden. Diese Erklärung berührt sich mit dem Grundgedanken des Völkerbundespaktes, der für die Völkerbundmächte Neutralität in einem Konflikt ausschließt. Sie raubt allen angriffsflüsternden Mächten in Europa die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten sich gegenüber einem europäischen Kriege grundsätzlich desinteressieren würden.

Denn diese vierzehn Punkte sind nicht nur eine zufällige Parallele zu den vierzehn Punkten Wilsons. Sie sind so gut wie jene eine ernste Benachrichtigung, und in ihrer Form liegt eine Demonstration. Diese Demonstration richtet sich abermals gegen Deutschland, gegen den Geist der brutalen Gewalt, der die deutsche Politik bestimmt. Ein jeder der Grundsätze, der in diesen vierzehn Punkten entwickelt wird, ist von der Regierung Hitler verletzt worden.

Aufrechterhaltung des Friedens und Verzicht auf den Krieg — aber die deutsche Regierung gründet ihre Politik auf ihre Aufrüstung und ihre Kriegsmacht, ihre Politik ist eine einzige Drohung mit dem Krieg.

Von der Garnisonskirche zum Redeverbot

Der Weg des Otto Dibelius

Dr. Otto Dibelius, eines der Häupter der evangelischen Kirche in Deutschland, hat ein Predigtverbot für ganz Deutschland erhalten. Dieses Verbot ist ein Glied in der Kette der Verbote, Verhaftungen und Prozesse, mit denen das System gegen die evangelische Kirchenopposition vorgeht. Es hebt sich indessen besonders heraus, weil es von symbolhafter Bedeutung ist.

Seit 1925 ist Dibelius Generalsuperintendent der Kurmark, schon zuvor war er Mitglied des evangelischen Oberkirchenrats. Er gehört zu den Leuten der Harzburger Front, die von Hitler die Wiederherstellung des »christlichen Staates« erwarteten, und die in ihm und seinen Landsknechten die Werkzeuge der älteren Reaktion und der Monarchie sahen. Dibelius hatte teil an der großen Hugenbergschen Illusion, daß die Bestimmung des Kurses der Hitlerregierung durchaus in der Hand Hindenburgs und der Deutschenationalen liegen würde, und er war es deshalb auch, der den Pakt der älteren

Reaktion mit den Nationalsozialisten in Potsdam feierlich einsegnete!

Am 21. März 1933 beging das Hitlerregime in Potsdam den Sieg des Staatsstreiches. Die Wahl von Potsdam für diese Siegesfeier war bewußte Symbolik. Die demokratische Republik war in Weimar gegründet worden, der neue nationalsozialistische Staat sollte von Potsdam seinen Ausgang nehmen. Mit allen Mitteln arbeitete die Propaganda daran, für diesen Tag die Stimmung des 4. August 1914 zu erzeugen, große Massen in den nationalistischen Rausch zu versetzen. Dieser Massenwahn vermählte sich mit der berausenden Wirkung der Symbolik der Monarchie auf die rechtsstehende Bevölkerung. Sanssouci und die Garnisonskirche, Reichswehr und Stahlhelm und Hitlertruppen, der Reichspräsident in Generalfeldmarschallsuniform mit dem leuchtenden goldenen Band des Schwarzen Adlerordens, die Reichsregierung und die Generalität, die Hohenzollernprinzen. Ein Symbol, als der Reichskanzler Hitler und der

Exkronprinz einander begegneten. Sie faßten sich an beiden Händen, und der Exkronprinz sah mit dem Fridericusblick Herren Hitler tief in die Augen. Dann erfolgte der Staatsakt in der Garnisonskirche — und der Generalsuperintendent Dr. Otto Dibelius segnete feierlich den Bund, dessen Partner von vornherein entschlossen waren, einander übers Ohr zu hauen.

Wer spricht heute noch von Herrn Hugenberg, wo sind die Deutschnationalen, wo sind die Illusionen geblieben? Geblieben ist der deutsche Militarismus, geblieben ist der militante Nationalismus — aber wo ist Herr Dibelius? Die evangelische Kirche führt einen verzweifelten Kampf um die Grundlage ihres Glaubens gegen die braune Diktatur und Herr Dibelius darf nirgends in Deutschland mehr predigen.

Von der Garnisonskirche in Potsdam bis zum allgemeinen Redeverbot für ganz Deutschland — das ist der Weg von Herrn Dibelius.

Was plant Stalin?

Gerüchte um Dimitrow
 Die Terrorwelle in Sowjetrußland geht weiter. Mit ihr zusammen wird ein vollständiger Wechsel des leitenden Personals der Stalinschen Diktatur durchgeführt. Wie weit der Personalwechsel zugleich Kurswechsel bedeutet, wird noch nicht klar sichtbar. Erkennbar ist jedenfalls, daß die Außenpolitik der Sowjetregierung nicht mehr so klar definiert ist wie zuvor. Im Zusammenhang mit dem Antrittsbesuch des neuen russischen Botschafters für Deutschland hat die Presse der deutschen kommunistischen Partei Betrachtungen angestellt, die zweifelte Ähnlichkeit mit jener Propaganda besitzt, die im Jahre 1920 die kommunistische Partei in Deutschland mit der Parole »Bündnis mit Sowjetrußland« geführt hat. So wenig wie damals diese aus den Erfordernissen der russischen Staatspolitik geborene Parole mit der Ideologie der kommunistischen Partei zusammenstimmte, so wenig passen diese Betrachtungen zu der Behauptung der kommunistischen Partei von heute, daß sie für die Freiheit Europas gegen das Hitlersystem kämpfe. Soll man annehmen, daß Stalin nach der Erschießung Tuschatschewski jene Politik durchführen will, die im Prozeß Tuschatschewski zugeschoben worden ist — so wie er einst die Politik Trotzki durchführte, nachdem er Trotzki erledigt hatte?

Als einst in England Robert Peel sich den handelspolitischen Auffassungen der Liberalen zuwandte, höhnte ihn Disraeli im Parlament: »Der edle Lord hat die Liberalen beim

Baden überrascht und hat ihnen die Kleider gestohlen.« Stalin ist dafür bekannt, daß er es nicht beim Diebstahl der Kleider bewenden läßt — er pflegt die Bestohlenen erschließen zu lassen, damit sie nicht später Eigentumsrechte geltend machen können. Er hat diese Methode so ausgebildet, daß man aus den Erschließungen, die er befiehlt, beinahe schon Schlußfolgerungen auf seinen künftigen Kurs ziehen kann.

Der Personenwechsel macht vor den Parteien der Komintern nicht halt. In der deutschen kommunistischen Partei ist vor kurzem ein Wechsel der Führung erfolgt, der von Moskau befohlen worden ist. Die Kaltstellung Münzenbergs, und eine deutlich erkennbare Aenderung der Sprache und der Taktik der deutschen kommunistischen Partei seit her zeigen, daß auch die Parteien der Komintern in einer inneren Krise sind.

Aber wie steht es um die Exekutive der Komintern in Moskau, wie steht es um ihren Generalsekretär Dimitrow? Der »Matine« hat vor kurzem mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Dimitrow bei Stalin in Ungnade gefallen sei, und daß der Diktator seine Ersetzung durch seine rechte Hand Jeschow plane. Jeschow ist der Mann, der an der Spitze des neuen terroristischen Kurses in Sowjetrußland steht. Dieser Mann an der Spitze der Komintern — welche schauerliche Kluft würde sich auftun zwischen der wahren Politik Moskaus und der betont vortragenen Freiheitsideologie der Kominternparteien!

Diese Nachricht des »Matine« ist bisher von keiner anderen Seite bestätigt worden — aber sie ist auch nicht demen-

tiert worden! Aus einem leicht begreiflichen Grunde: weil niemand in den Kominternparteien weiß, was der Diktator Stalin mit seinem engsten Kreise plant.

Wildwest im Westmittelmeer

Der rücksichtslose U-Bootkrieg, den gegen Ende des Weltkrieges die deutsche Marineleitung gegen die Handelschiffahrt führte, hatte damals den Eintritt Amerikas in den Krieg und damit die deutsche Niederlage hervorgerufen.

Heute wird im Westmittelmeer eine Neuaufgabe dieses rücksichtslosen U-Bootkrieges gegen Handelschiffe getrieben. Und nicht nur ein U-Bootkrieg! Flugzeuge bombardieren aus der Luft Handelschiffe und greifen deren Mannschaft mit Maschinengewehrfeuer an. Es sind Franco-Flugzeuge, U-Boote unbekannter Nationalität mit falschen Flaggen und italienische Kriegsschiffe, die das Westmittelmeer in Wildwest verwandeln. Die Leidtragenden sind englische, französische, griechische, dänische Schiffe gewesen.

Der Vasall Deutschlands und Italiens erweist sich seiner Meister würdig. Er demonstriert, daß im heutigen Europa alles erlaubt ist, wenn man Faschist ist. Die Piratentaten, die einst eine Weltmacht zum Kriege veranlaßten, scheinen heute bei demokratischen Regierungen nur verlegenes Achselzucken hervorzurufen. Wenn die demokratischen Regierungen Franco nicht die Rechte eines Kriegführenden zugestehen wollen, nimmt er sie sich — aber auf seine eigene Weise, die er von seinen Herren gelernt hat.

Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder — aber die deutsche Regierung hat am 25. Juli 1934 in Oesterreich putschen lassen, sie führt einen Interventionskrieg in Spanien, sie stärkt systematisch überall die faschistischen Kräfte.

Achtung vor den Verträgen — aber die Zahl der Vertragsbrüche der deutschen Regierung ist heute schon Legion, und diese Vertragsbrüche sind es gewesen, die das ganze Gebäude der auf Recht gegründeten Sicherheit ins Wanken gebracht haben.

Beseitigung der Handelshindernisse — aber die deutsche autarke Wehrwirtschaft mit ihrer freiwilligen Absperrung vom Weltverkehr ist das stärkste Hindernis des internationalen Handels.

Herabsetzung der Rüstungen — aber die

deutsche Aufrüstung ist es gewesen, die den Anstoß zum neuen Wettrüsten gegeben hat.

Man versteht, daß die deutsche Regierung bis zuletzt mit einer Antwort auf diese Erklärung der Vereinigten Staaten gezögert hat, und daß die deutsche Presse angewiesen worden ist, diese diplomatische Aktion nach Kriften zu verkleinern. Die Antwort, die die deutsche Regierung schließlich erteilt hat, ist unaufrichtig und zweideutig. Es sei deutsche Auffassung, daß eine Befriedigung der Geister der Regelung der internationalen Beziehung vorangehen müsse und deshalb sei diese Auffassung den Ideen des amerikanischen Staatssekretärs ähnlich.

So ähnlich, wie ein 40-Zentimeter-Geschütz einem Oelzweig!

Die Befriedigung der Geister mit Methoden nach dem Muster von Guernica und Almeria!

Diese unaufrichtige Antwort ist erteilt worden, um eine diplomatische Isolierung zu verhindern, aber sie kann nicht verdecken, daß die deutsche Regierung das Land bereits in eine moralische Isolierung hineingeführt hat. Die neuen vierzehn Punkte haben einen aufklärenden Wert: sie zeigen, welche Prinzipien Deutschland gemeinsam mit Italien und Japan rechtsbrechend verletzt hat.

Und was heute eine vorsichtige diplomatische Aktion ist, um das zarte Pflänzlein des internationalen Rechts nicht ganz verkommen zu lassen, das kann bei einem großen Konflikt zu einer furchtbaren moralischen Waffe gegen Deutschland werden!

Mit dem großen Hitlerbann belegt:

Heinrich Imbusch

Der seiner Sache treu gebliebene christliche Gewerkschafter

Zu denen, die von der derzeitigen deutschen Emigrantenregierung von Hitler über Heß zu Rosenberg und Darré ihr wirkliches Deutschtum durch sogenannte »Ausbürgerung« bestätigt erhalten haben, gehört nach der neuesten »Ausbürgerungsliste« des Deutschen Reichskanzlers nunmehr auch Heinrich Imbusch, der auf dem linken Flügel der vormaligen Deutschen Zentrumspartei und in der christlichen Arbeiterbewegung des deutschen Westens eine auch in nicht-katholischen Kreisen stark beachtete Rolle in der allgemeinen und der sozialen Politik des republikanischen Nachkriegsdeutschland gespielt hat. Aus dem Führerkreis entstammend, der sich um die München-Gladbacher »Westdeutsche Arbeiterzeitung« mit Joos und dem früheren preussischen Wohlfahrtsminister Hirthsiefer gruppierte, genoß Imbusch durch Gedächtnis und Schlichtheit seines Auftretens, das so stolz war, den durch Fleiß emporgelassenen ehemaligen Handarbeiter zu verleugnen, besondere Popularität unter seinen christlichen Gewerkschaftskollegen; er besaß aber auch die hohe Achtung seiner politischen »Flügelmäner« in sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Reihen, auch dort, wo sich gegensätzliche Auffassungen einander gegenüberstanden.

Was ihm das heutige Regime nicht vergessen und vergeben kann, ist seine mutige Haltung im sogenannten »Saarkampf«. Er war einer der Mitbegründer der »Neuen Saarpost« in Saarbrücken, die, als schon schändlicher und gewinnstichtiger Verrat in den Reihen der dortigen Katholiken wegen der bevorstehenden Abstimmung und Rückgliederung umging, die Fahne der heute so gut wie ausgerotteten katholischen Publizistik Deutschlands hochhielt. Er gründete mit die »Christliche Volkspartei« an der Saar, die den Beschönigungen einer konpromißgläubigen Hierarchie zu trotzen wagte und sich schon nach einem Vierteljahr, als die ersten großen Pfarrerhaftungen, Schulschließungen, Kirchenerschließungen nach der »Rückgliederung« sich ereigneten, von der Geschichte bestätigen lassen konnte, daß sie und nicht »twa der »zuständige« Bischof von Speier Recht behalten hatten, der jetzt selbst unter dem Druck einer formgerechten Landesverratsanklage in jenem Dritten Reich steht, dem er zu seinem Prestigeerfolg so beflissen verholten hatte. Es war der ehemalige christliche Gewerkschafter Imbusch, der kurz vor dem Abstimmungstag während einer öffentlichen Wählerversammlung bei Saarbrücken von einem braunen Rollkommando auf »höheren Befehl« blutig mißhandelt wurde...

Wenn in den internationalen Publikationen der christlichen Gewerkschaftsbewegung jetzt immer stärker auch gerade die hohe sittliche Aufgabe des illegalen Kampfes Seite an Seite mit den ehemaligen freigewerkschaftlichen Kollegen in den Betrieben gegen das gouvernementale Gangsterum genannt und gestellt wird, so hat daran Heinrich Imbusch, der jetzt so ehrenvoll Geächtete, mit das Hauptverdienst, der sich das einfache und schlichte moralische Faktum der Wahrheit und Redlichkeit nicht durch diplomatische Schläue, die keine war, verdrehen und verdeuteln lassen wollte.

Antikirchenpropaganda auf neuen Wegen

Die Gläubigen wünschen »Katakombengeists« von ihren Bischöfen

Aus dem Rheinland wird uns berichtet: Der Feldzug gegen die katholische Kirche und gegen die Geistlichkeit aller Grade wird jetzt nach den jüngsten Anweisungen des Propagandaministeriums auf raffinierte Weise gesteigert. Man begnügt sich nicht mehr mit den Berichten über die Priesterprozesse, wobei mit immer neuen Pikanterien aufgewartet wird. Alle zuständigen Justizstellen müssen jetzt Vorträge für bestimmte Berufsgruppen in enger Verbindung mit den Gauleitungen der NSDAP organisieren, wobei ihnen aus »berufenem« Munde die sittliche Verworfenheit weiter Kreise der katholischen Geistlichkeit und ihre Beschöpfung durch die bischöflichen Aufsichtsbehörden illustriert wird. Ausgerüstet mit seinen Akten, aus denen er interessante Details vorlas, sprach in Köln der Generalstaatsanwalt Windhauser vor mehreren tausend überwiegend katholischen Lehrern und Lehrerinnen. Die Nazi-Organisation hielt genaue Kontrolle und notierte, wie sie vorher angekündigt hatte, jeden Drückeberger. Man muß die seelische Verfassung eines sehr großen Teils der katholischen Lehrerschaft kennen, um zu verstehen, wie diese Abkommandierung zur Teilnahme an einer offiziellen und diffamierenden Po-

Antwort der Auslandspresse

»Wir sind kein journalistisches Freiwild...«

Seitdem die drei deutschen Nazi-Journalisten aus London ausgewiesen wurden, schimpft die Nazipresse über englische »Unfairness«. Den Lesern wird verschwiegen, daß die Drei einer Spitzelzentrale vorstanden und der deutschen Gestapo dienten. Die »Preussische Zeitung« vom 8. August bringt als Beweis der Unschuld der Drei einen Artikel des einen Ausgewiesenen, ihres Korrespondenten Dr. Wolf Dieter von Langen. Der Artikel soll die »sachliche Arbeit unseres Mitarbeiters« dartun. In Wirklichkeit ist selbst dieser ausgewählte Unschuldskandidat in einem Tone gehalten, der in Deutschland jedem Auslandskorrespondenten gefährlich würde, wenn er sich so gegen das Dritte Reich richtete. Der Völkerverbund wird als Ideal der englischen Rüstungsindustriellen geschmäht und die englische Friedensliebe als ein Feigenblatt der Selbstsucht, Geldgier und Bequemlichkeit. Was ist diese Friedensliebe:

»Es ist vage Angst des Beamten des britischen Außenamtes, daß sein Wochenende durch eine politische Entscheidung der Völker, die nicht reich genug sind, sich englische Wochenenden zu leisten, um einige Stunden geschmälert werden könnte. Hier liegt die versteckte Wurzel der englischen Deutschfeindlichkeit...«

Das schreibt der Lakai eines Regimes, das sich in lauten Festen überschlägt und dessen Minister fünf Salonwagen brauchen, wenn sie über Wochenende nach Venedig fahren. Und diese gehässige Beschimpfung Edens ist der Dank dafür, daß England die stückweise Zerreißung des Versailler Vertrages gestattet hat, um »Deutschland zu friedeln zu stellen.«

Das Dritte Reich will die Ausweisungen

mit Repressalien beantworten, das erste Opfer soll der englische Journalist Ebutt sein, und Göbbels »Angriffe« hat in einem Leitartikel gegen die angeblich »staatsoppositorische Tätigkeit« ausländischer Pressevertreter, »die noch immer in Berlin weilen dürfen«, böse vom Leder gezogen. Das Echo ließ nicht auf sich warten. Der Vorstand des Vereines der Auslandspresse hat dem Göbbelsreptil mit einem offenen Brief geantwortet. Es heißt darin:

»Der Vorstand des Vereines der Auslandspresse zu Berlin, der 107 Korrespondenten aus 23 Ländern vertritt, hat von den Drohungen und Anschuldigungen gegen ausländische Journalisten, wie sie Mittwoch abend von Ihnen gebracht wurden, mit Entrüstung Kenntnis genommen. Die Behauptung, daß ausländische Korrespondenten in Berlin, insonderheit das hochangesehene Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Vereines der Auslandspresse, Herr Normann Ebutt, sich einer korrupten, unanständigen, böswillig herabsetzenden, verzerrten und entstellenden Berichterstattung sowie irgendeiner geheimen gegenrevolutionären Aktivität gegen die deutsche Regierung schuldig gemacht haben, weist der Vorstand des Vereines für seine Mitglieder energisch zurück. Es ist für solche Anschuldigungen bisher kein einziger sachlicher Beweis erbracht worden. Der Vorstand des Vereines der Auslandspresse zu Berlin setzt es als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied des Vereines es als seine Pflicht erachtet, über Deutschland in objektiver und fairer Weise zu berichten. Der Verein der Auslandspresse zu Berlin ist der Ansicht, daß derartige Veröffentlichungen, wie sie von Ihnen gebracht wurden, sowie der Versuch, ausländische Journalisten zum Freiwild zu machen, die gün-

stige Entwicklung der internationalen Beziehungen aufs schwerste gefährden müssen.«

Man hätte nach dem Geschrei der Hitlerpresse erwarten können, daß den Bedrohten irgendwelche Belege unterbreitet worden wären, aus dem Briefe erfährt man, wie beweiseslos die braunen Soldschreiber drauflos schimpfen. Es wäre dem Regime sogar schwer, auch nur eine Uebertreibung nachzuweisen. Das braune Regime müßte jede Diskussion darüber fürchten. Denn die ausländische Presse berichtet über dieses System überaus milde, und es ist nicht gut möglich, die braune Barbarei und Gemeingefährlichkeit irgendwie zu übertreiben. Die übliche braune Methode feiert wieder einmal Orgien: Schreie so laut du kannst über die Schlechtigkeit der anderen. In England werden drei schreibende Nazis wegen politischer Spitzeltätigkeit ausgewiesen — in Neudeutschland bedroht man daraufhin Auslandsjournalisten wegen wahrheitsgemäßer Ausübung ihres Berufs. In England wird dreien Gestapo-Agenten der Aufenthalt krimineller Delikte wegen verweigert, Hitlerdeutschland schreit daraufhin über Unfairness.

In der gleichgeschalteten Presse wissen alle, daß die englische Regierung im Recht, die deutsche im Unrecht ist — alle müssen sie das Gegenteil schreiben, und alle liefern sie Spalten, in denen die Entrüstung kocht. Dies alles ist nicht neu, aber neuartig dürfte sein, daß endlich einmal die Auslandsjournalisten diesem System seine Schande und seine Verlogenheit so drastisch und in seinem eigenen Lande bescheinigen.

Hitler erstürmt ein - Krankenhaus

Die Austreibung der Barmherzigen Brüder in Dortmund

In den letzten Tagen des Juli ist es, wie Meldungen aus katholischer Quelle an die katholische Auslandspresse besagen, in Dortmund in Westfalen zu tumultuösen Vorgängen zwischen der Bevölkerung und den Terrororganen des totalen Regimes gekommen. Anlaß der »Revolte« war die mit äußerster Rigorosität vorgenommene Ausweisung der Angehörigen des Ordens »Barmherzige Brüder«, die, wie an vielen Orten anderswo in der katholischen Welt, auch in der großen westfälischen Stadt ein Krankenhaus mit achthundert Betten unterhalten. Es sind in den letzten Monaten einige Angehörige der Bruderschaft wegen angeblicher Sexualdelikte verurteilt worden. Das nahm nun die Dortmunder Gestapo auf Geheiß von »ganz oben« zum Anlaß, in dem besagten Krankenhaus überfallartig zu »erscheinen«, die dem Orden angehörigen Krankenpfleger in der Eingangshalle wie eine Hammelherde zusammenzutreiben und ihnen zu eröffnen, daß sie innerhalb von vier Stunden (!), bis ein Uhr nachmittags desselben Tages, den Ort ihrer bisherigen Tätigkeit zu verlassen hätten. Erst auf verzweifelte Bitten der Betroffenen wurde dann die Ultimatumsfrist für weitere zwei Stunden, bis sechzehn Uhr, verlängert. Außer ihrer Leibwäsche war den Brüdern die Mitnahme anderen Besitzes nicht gestattet. Erst im letzten Augenblick handigte man jedem eine Geldsumme ein, die den nunmehr auch aus der Stadt und dem Regierungsbezirk Ausgewiesenen über

die ersten Tage der schlimmsten Not hinweghelfen sollten. Dafür soll aber der Orden weiter alle Gehälter der »Braunen Schwestern«, der nationalsozialistischen Krankenpflegerorganisation, die gleich hinter den Gestapobeamten ihr neues »Heim« bezogen, und die weiterer hundert weltlicher Angestellter des Hospitals tragen. Die Barmherzigen Brüder verließen, von Gestapobeamten eskortiert, nach Ablauf der Frist das Haus, nachdem sie das Allerheiligste aus ihrer Kapelle fortgebracht und das Ewige Licht gelöscht hatten...

In Verfolg dieser »Aktion« gegen das Hospital kam es dann in den nachfolgenden Stunden zu Zusammenstößen der schwer bewaffneten Straßen- und Ueberfallpolizei mit einer großen Menschenmenge, die vor dem Haus den Brüdern ihre Sympathie mit der Sache der Unterdrückten in Hitlerdeutschland zum Ausdruck bringen wollte. Dabei machten die uniformierten Schergen Hitlers von Kolben und Seitengewehr reichlichen Gebrauch und es gab auch die üblichen Verhaftungen an Ort und Stelle. Gegen diese siegreiche Kriegsexpedition — die erste übrigens, die Hitler wirklich mit Erfolg bestanden und zur »Rettung Deutschlands« angewandt hat — wendete sich in den letzten Tagen die kirchliche Obrigkeit auf allen Kanzeln Westfalens oder mindestens Groß-Dortmunds mit einer scharfen Protesterklärung.

lemik gegen ihre Bischöfe auf sie gewirkt hat. Es handelt sich überwiegend um männliche und weibliche Lehrkräfte, die aus katholischen Seminaren hervorgegangen sind und diese Göbbels-Propaganda als einen unmittelbaren Angriff auf ihre Glaubenswelt empfinden.

Wenige Tage später wurden sämtliche Mitglieder des Reichsbundes der deutschen Beamten in die Große Messehalle von Köln beordert. Auch ihnen mußte der Generalstaatsanwalt Windhauser »Aufklärung« über den Sittenverfall in den Klöstern und über die »Begünstigung des schmutzigen Treibens durch Bischöfe und Generalobere« geben. In der braunen Presse hieß es dann, man habe es den Tausenden »angesehen«, daß sie das ekelerregende Treiben dieser Sodomisten und das Verhalten der christlichen Würdenträger mit den Lehren der christlichen Kirche nicht hätte in Einklang bringen können.

Es ist unbestreitbar, daß diese fortgesetzte hämmernde Agitation starke Wirkungen erzielt. Wer vorher nicht ganz fest im Glauben war, kann dadurch zur völligen Entfremdung von der Kirche gelangen. Aber auch die gegenwärtige Wirkung ist zu beobachten. Der tendenziös dicke Auftrag dieser Propaganda, das

Wissen und die sorgfältig vertuschten »Fälle« in prominenten nationalsozialistischen Kreisen und ein gewisses Solidaritätsempfinden mit dem momentan schwächeren und publizistisch gänzlich wehrlosen Teil in diesem Streit hat bereits locker gewordene Bindungen zur Kirche wieder gekräftigt. Bischöfe und Geistliche empfangen Treubeweise von Leuten, die sich um die Kirche, von offiziellen Anlässen und hohen Feiertagen abgesehen, kaum noch gekümmert hatten.

Man darf diese zunächst rein nach innen gerichtete Opposition gegen das Regime gewiß nicht überschätzen. Aber es ist schon ein Anfang, wenn ein immer größerer Teil westdeutscher Katholiken von ihren Bischöfen offenen Widerstand und Beispiele jenes Katakombengeistes verlangt, von dem sie zur Anfeuerung ihrer Gläubiger so oft gepredigt haben.

Vom alten Januschaer

Ueber den eben verstorbenen Elard von Oldenburg-Januschau ist in der Tagespresse das allgemein Bekannte schon erzählt worden. Ungedruckt geblieben ist aber bisher eine kleine Geschichte, die im vorigen Jahr in Ostpreußen viel erzählt und belacht wurde.

Damals stattete Göring dem Alten auf seinem Gut einen — nicht ganz willkommenen — Besuch ab. Die ganze Wirtschaft wurde eingehend besichtigt, insbesondere die mustergültigen Ställe. »Sagen Sie mal« wandte sich Göring schnarrend an den Besitzer, »seit wann haben Sie das?« »Ja, sehen Sie, Herr Ministerpräsident«, gröhnte der Alte, »das ist, wie man's nimmt, das ist wie überall: Die Krippen sind immer dieselben, nur die Ochsen wechseln!«

Deutsche Kurzberichte

Eine bemerkenswerte Zunahme der Brandschäden im ersten Halbjahr 1937 zeigt die Brandstatistik des Verbandes privater Feuerversicherungsgesellschaften. Im Vergleich zum Juni 1936 erhöhte sich im Juni 1937 die Zahl der Schadenfälle von 15.088 auf 16.794 und die Schadensumme von 3.41 Millionen RM auf 6.41 Millionen RM. Für das erste Halbjahr 1937 stellen sich die Schäden auf 107.221 mit einem Schadensaufwand von 25.09 Millionen RM. In der gleichen Zeit des Vorjahres hatte es 103.599 Schadenfälle mit einer Schadensumme von 22.68 Millionen RM gegeben. Der Monat Mai ausgenommen, sind in allen übrigen Monaten in diesem Halbjahr mehr Brandfälle zu verzeichnen als im Vorjahr.

Obwohl die Belegschaft im Ruhrbergbau auch in den letzten Monaten weiter vermehrt worden ist, nimmt die arbeitstäglige Förderung an Ruhrkohle nicht im gleichen Verhältnis zu. So wird Ende Juni 1937 eine Belegschaftsziffer von 292.300 gemeldet, genau 20.000 mehr als im Februar dieses Jahres. Aber die arbeitstäglige Förderung von Ruhrkohle ist mit 413.000 Tonnen im Juni nur die gleiche gewesen, wie im Februar. Kommt in dieser Erscheinung der sich verstärkende passive Widerstand der Kumpels zum Ausdruck?

Deutschlands Rohölproduktion betrug im ersten Halbjahr 1935 218.000, 1936 214.900 und im ersten Halbjahr 1937 213.000 Tonnen. Sie geht also trotz des Vierjahresplanes weiter zurück. Dagegen ist die deutsche Rohöleinfuhr bedeutend gestiegen, nämlich von 139.500 Tonnen im ersten Halbjahr 1935 auf 298.300 Tonnen in der gleichen Periode dieses Jahres. Im Jahre 1935 mußte Deutschland für eine Tonne eingeführten Rohöls 27 RM bezahlen, im Juni 1937 aber 42 RM!

Bevor die deutsche Wirtschaft durch Hitler »sanitiert« wurde, betrug der Anteil Deutschlands am Weltfunkhandel 24,4 Prozent. Das war im Jahre 1931. 1936, nach vierjährigen »Aufstiege«, entfallen auf Deutschland — wie in »Wirtschaft und Statistik« — festgestellt wird, nur noch 14,1 Prozent!

Erklärung

Die Kommunistische Partei verbreitet durch ihre Presse die Behauptung, im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei bestehe eine sogenannte »reaktionäre Gruppe«, die die Einigung des Proletariats im Kampfe gegen Hitler verhindere. Der Parteivorstand erblickt, wie er hiermit durch einstimmig gefaßten Beschluß feststellt, in dieser lügnerischen Behauptung einen Versuch, nach der alten Methode der Einheitsfrontmanöver einzelne Teile der Sozialdemokratischen Partei gegen andere auszuspielen und, statt wirklich die Einheit zu fördern, Zersetzung in das sozialdemokratische Lager zu tragen. Er ist einig in dem Entschluß, solche Manöver mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Das braune Netz in London

Mehr als 500 Agenten am Werke

Der »Daily Herald« teilt über das Treiben der Naziorganisationen in London folgendes mit:

»Es wird noch weiteren Deutschen mitgeteilt werden, daß sie hier nicht erwünscht sind. Eine neue Namensliste wird im Innenministerium geprüft. Sie beruht auf den Berichten von Spezialpolizisten, die die Tätigkeit der Deutschen in England beobachtet haben. Es handelt sich um die Namen von Deutschen, die eine führende Rolle in der hiesigen Naziorganisation spielen, die mehr als 500 Agenten einschließt.

Hitlers Organisation hat einen »inneren Ring«, der von Büros in Bayswater aus operiert. Die geheime Naziorganisation stand in täglicher Verbindung mit Berlin. Dort wird unter der Kontrolle des Auswärtigen Amtes eine Karteothek geführt, die von jedem im Ausland lebenden Deutschen Name, Adresse, Beschäftigung, Freunde, Bekanntschaften, soziale und politische Tätigkeit angeben, gleichgültig, ob er ein Emigrant ist oder mit den Nazis sympathisiert.

Es ist ein Teil der Arbeit des Nazinetzes in London und den großen Städten, Informationen nach Berlin zu liefern, um diese Nachweisung auf dem Laufenden zu erhalten. Leute von Scotland Yard, die fließend deutsch sprechen, sind seit Monaten beschäftigt, um die Pläne und Methoden der hiesigen Nazi-Gruppe kennen zu lernen. Ihre Entdeckungen und Berichte haben zur Ausweisung der drei Journalisten geführt.

Wochenlang sind von den Büros in Bayswater aus Pläne gemacht worden, um die Tätigkeit jedes Deutschen in England zu kontrollieren. Da die Organisation kürzlich verstärkt worden ist, arbeiten gegenwärtig schätzungsweise mehr als 500 Nazis aktiv in England. Viele dieser Deutschen wurden selbst erst überwacht und ausspioniert, bevor sie in die Organisation eingegliedert wurden.

Die Ausbreitung der deutschen Propaganda in England war nur ein Teil dieser Arbeit. Es sind Pläne für eine Kampagne gefaßt worden, die es deutschen jüdischen Emigranten schwer gemacht hätten, in England ohne Besorgnisse zu leben. Es sind Fälle vorgekommen, daß Wohnungen und Häuser von Emigranten von unbekanntem Besuchern durchsucht worden sind. Kein Deutscher, der in England lebt, darf wissen lassen, daß er Beziehungen zu Juden hat, mögen sie nun Emigranten sein oder nicht. In diesen Linien bewegte sich der größere Teil der geheimen Naziarbeit. Es wird sogar behauptet, daß Briefkästen in der Nähe von Emigrantenwohnungen in London von Nazis erbrochen worden sind, die die dort gefundenen Briefe durchgesehen haben.

Hitlers geheime Polizei hat monatelang Freunde, Geschäftsfreunde und die Tätigkeit von jedem Deutschen in London überwacht. Eine Aktion zur Störung der Tätigkeit von antifaschistischen Führern sollte gestartet werden. Namen und Fotografien sind von der Londoner Nazi-Gruppe nach Berlin gesandt worden. Die Bilder sind in Deutschland unter dem Titel »Hasser Deutschlands« veröffentlicht worden.

Einzelheiten darüber, wie intensiv die Naziorganisation außerhalb Deutschlands ihre faschistische Propaganda durchführt, wurden dem »Daily Herald« von Leuten mitgeteilt, die diese Tätigkeit aus dem gutem Grunde kennen. In jedem Lande, wo Deutsche in Gemeinschaften leben, wird die Jugend gezwungen, in die Hitlerjugend einzutreten und Hitler und Deutschland Gehorsam zu schwören. Kinder werden regelmäßig nach Deutschland gesandt, um dort für die Propaganda in ihren Wohnländern gedrillt zu werden. Manchmal werden diese Organisationen, in die die Auslandsdeutschen ge-

Die Verelendung der deutschen Arbeiter

Bei einer Beurteilung der Lage der deutschen Arbeiterschaft muß man stets die Tatsache vor Augen haben, daß der Ausgangspunkt für einen Vergleich in Deutschland ein ganz anderer ist wie in anderen Ländern. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es dem politischen und gewerkschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft in den demokratischen Industriestaaten, namentlich in Skandinavien, England und den Vereinigten Staaten gelungen war, auch in der Wirtschaftskrise den Fall der Nominallöhne sei es zu verhindern, sei es in verhältnismäßig engen Schranken zu halten. Da gleichzeitig in diesen Ländern die Preise stark zurückgingen, die Lebenshaltungskosten fielen, stieg für einen großen Teil der Beschäftigten der Reallohn noch an. Die Wirtschaftskrise fiel mit ihrer ganzen Wucht auf die Arbeitslosen, und die zunehmende Unsicherheit über die Erhaltung des Arbeitsplatzes schuf auch für die noch Beschäftigten jene Stimmung der bangen Sorge und der zunehmenden Hoffnungslosigkeit, die für die Krisenzeit so charakteristisch war.

In Deutschland ging die Entwicklung anders. Seit dem Sturz der Regierung Hermann Müllers wurden nicht nur die Arbeitslosenunterstützungen und die Sozialrenten gekürzt, es erfolgte zugleich mit Unterstützung der immer reaktionärer werdenden Regierungen ein Generalangriff auf das Lohnniveau, der zu einer erheblichen Senkung der Nominallöhne führte, während gleichzeitig der Rückgang der Lebenshaltungskosten durch eine Agrarpolitik, die mit allen Mitteln eine Erhöhung der Lebensmittelpreise anstrebte, gehemmt wurde. In Deutschland war so die Lage auch der beschäftigten Arbeiter im Vergleich zur Zeit der Prosperität bereits viel stärker herabgedrückt als in anderen Industriestaaten. Seit 1933 ist in den Ländern des Sterlingblocks, seit etwa 1935 in den Vereinigten Staaten, die Krise überwunden. Eine Prosperität setzt ein, die allmählich alle Zweige der Produktion umfaßt und auch die Konsumgüterindustrien über den Umfang von 1929 emporhebt. Die Arbeiterschaft ist in der Lage, sei es auf dem Wege der Verhandlungen, sei es durch Lohnkämpfe sich ihren Anteil an dem wachsenden Sozialprodukt zu sichern. Das Lohnniveau erhöht sich, der Anspruch auf bezahlten Urlaub setzt sich nicht nur in Frankreich, sondern auch in steigendem Maß in England und Skandinavien durch, während gleichzeitig der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit in eine neue, aussichtsreiche Phase tritt.

Die Vollbeschäftigung in der deutschen Wirtschaft wird durch eine rücksichtslose, inflationistisch finanzierte Anstachelung der Kriegsproduktion erreicht. Was da produziert wird, läßt sich nicht konsumieren, läßt sich auch nicht auf dem Wege der Ausfuhr in Konsumgüter austauschen. Die gesteigerte Produktion geht Hand in Hand mit der Verringerung des für den Konsum geeigneten Sozialproduktes. Der Anstieg der Konsumindustrien bleibt weit hinter dem der Kriegsindustrien zurück.

preßt werden, als harmlose Geselligkeits- oder Sportvereine getarnt.

Der »Daily Herald« berichtet weiter über ein Meeting der Landesgruppe der NSDAP in England in Westend von London, das von etwa 600 Männern und Frauen besucht war. Die Frauen waren in der Mehrzahl, es waren meist Hausangestellte, unter den Männern überwogen niedrig bezahlte Arbeiter. Solche Versammlungen werden in der Regel von Partei und Arbeitsfront gemeinsam einberufen und ihr Nichtbesuch könnte sich für jeden Eingeladenen als höchst unangenehm erweisen. Die Mitgliedschaft in den nationalsozialistischen politischen und beruflichen Organisationen ist obligatorisch für alle im Ausland lebenden Deutschen, obgleich natürlich einige übersehen werden und sich allem entziehen können.

In die Suppe gespußt

In Düsseldorf ist soeben der VIII. Deutsche Zahnärztetag zu Ende gegangen. Der »Reichszahn-Ärztetage« und einige Professoren haben sich auf dieser Tagung damit abgemüht, der Öffentlichkeit einzureden, daß das mit Mais, Kartoffelwalmehl, »Backmittel« und Altbrot gefüllte Brot das ge-

Ihren sozialpolitischen Ausdruck findet diese ökonomische Tatsache in der Proklamation Hitlers, daß die Löhne nicht erhöht werden dürfen. Und diesen Programmpunkt hat die Bande, die sich eine Arbeiterpartei nennt, nun in der Tat verwirklicht und sie rühmt sich dessen noch. Eben veröffentlicht das »Reichsarbeitsblatt« eine vom Statistischen Reichsamt bearbeitete Reihe von Indexziffern über die Lohnentwicklung, die das völlige Stagnieren der Löhne amtlich bestätigt. Verzeihen wir zunächst auf jede Kritik, und unterstellen wir eine Objektivität, die die deutsche amtliche Statistik längst verleugnet hat, so ergibt sich, daß die Stundenverdienste der erfaßten Arbeiter — das Lohninkommen vom Dezember 1935 gleich 100 gesetzt — bis Dezember 1936 um 1.7 Prozent, für die männlichen Facharbeiter um 2 Prozent gestiegen sind. (Die Berechnungen fußen auf einem vierteljährlichen Meldedienst, der zur Zeit etwa 2.5 Millionen Arbeiter in 22.000 Betrieben mit rund 92 Millionen RM Gesamtlohnsumme erfaßt, und erstrecken sich auf eine Reihe der wichtigsten Industriezweige.) Dabei sind die Stundenlöhne in den Produktionsgüterindustrien von 100 auf 101.9, in den Konsumindustrien aber nur auf 100.8 gestiegen. Etwas stärker sollen die Wochenverdienste zugenommen haben: in den Produktionsgüterindustrien auf 104.5, in den Konsumgüterindustrien auf 106.5, zusammen auf 105 oder um 5 Prozent. Dabei gibt der amtliche Kommentar zu, daß die Steigerung, da tarifliche Lohnerhöhungen im ganzen nicht erfolgt sind, in erster Linie auf Leistung von Ueberstunden, zum Teil auf Leistungszulagen zurückzuführen ist, also auf vermehrte Anspannung und Ausnützung der Arbeitskraft.

So minimal in einer Zeit der Vollbeschäftigung die Erhöhung der Nominallöhne ist, so ungeheuer weit sie zurückbleibt hinter den Erhöhungen sowohl der Stundenlöhne als der Wochenverdienste in allen anderen als den Diktaturstaaten, so sehr muß selbst diese amtliche Berechnung noch mit einigem Mißtrauen aufgenommen werden. Es trifft sich deshalb gut, daß die »Deutschland-Berichte« der SPD, die beste Quelle für eine objektive Unterrichtung, gerade in ihrem Juli-Heft sehr wertvolles kritisches Material zur Lohnentwicklung beibringen. Dieses rechtfertigt durchaus den Schluß, zu dem die Berichte gelangen:

»Neben der Senkung der Reallohne infolge der Preissteigerung läßt sich in zahlreichen Fällen sowohl an Hand der Tarifordnungen wie der Berichte aus den Betrieben nachweisen, daß auch die Nominallöhne herabgesetzt wurden. Es geschah dies in den verschiedensten Formen, teils durch direkte Verschlechterungen der tariflichen Stundenlöhne, teils durch Herabsetzung der Akkordsätze, durch Änderungen der Einstufungen in die verschiedenen Lohnklassen oder durch stärkere Differenzierung der Löhne. Den Lohnverminderungen stehen auch einige Lohnsteigerungen gegenüber; sie ändern aber nichts daran, daß das Regime unverändert die Politik verfolgt, das Gesamtniveau der Löhne stabil zu halten und

möglichst noch weiter zu senken. Die Lohnerhöhungen, die vorgenommen worden sind, konnten durch die Lohnsenkungen bei anderen Arbeiterkategorien kompensiert werden.«

Direkt irreführend wird aber die amtliche Statistik, wo sie auf den Reallohn zu sprechen kommt. Sie erzählt, daß der Index der Lebenshaltungskosten im Dezember 1935 angeblich 123.4 betragen und im Dezember 1936 nur auf 124.4 gestiegen sei; da die Stundenlöhne sich von 100 auf 101.7 gehoben hätten, ergäbe sich eine Steigerung des Reallohnes um 1 Prozent! Das wäre nun, selbst wenn es richtig wäre, eine lächerliche Bagatelle, aber es ist natürlich bewußter Schwindel! Denn selbst angenommen, der amtliche Lebenshaltungsindex wäre so richtig, wie er wertlos und bewußt gefälscht ist, so wäre der Ausgangspunkt von 1935 absolut unbrauchbar. Denn die amtliche Preissteigerung insbesondere der Lebensmittel beginnt gleich mit der Machtübernahme Hitlers, und seitdem geht der Preisanstieg, die Qualitätsverschlechterung und die Knappheit unaufhaltsam weiter. Nach dem amtlichen Index der Großhandelspreise ist vom Januar 1933 bis Herbst 1936 eine Preissteigerung von 14.5 Prozent eingetreten; der Agrarindex allein zeigt eine Steigerung von 30 Prozent; der Index ist bei Eßkartoffeln von 65 auf 119, bei Vieh und Vieherzeugnissen von 73 auf 99 gestiegen; der Bekleidungsindex von 107 auf 119.5; bei Lederschuh betrug 1933 der Index 91.6, im August 1936 aber 103.6; bei Hauswäsche 126.6 und 136.9. Und wenn auch in den Kleinhandelspreisen die Fortpflanzung der Teuerung später zum Ausdruck kommt, schließlich wird sie unvermeidlich, auf keinen Fall aber entspricht der amtliche Lebenshaltungsindex auch nur entfernt der Wirklichkeit. Diese zeigt vielmehr, daß die Nominallöhne durch die nationalsozialistische Diktatur sogar noch unter das in Deutschland besonders stark gesenkte Krisenniveau gewaltsam heruntergepreßt worden sind, während die Reallohne — beispieles in der Welt! — um mindestens ein Fünftel bis ein Viertel in der Zeit der Vollbeschäftigung unter dem tiefsten Krisenniveau stehen!

Das Bild wird aber erst dann vollständig, wenn man sich klarmacht, daß die deutschen Arbeiter zur selben Zeit, wo in der übrigen Welt der Kampf um die Vierzigstundenwoche geführt wird, den Achtstundentag verloren haben. In der Bauindustrie ist der Zehnstundentag bereits die Norm und ebenso kann in einer Reihe wichtiger Industrien, in der ganzen Schwerindustrie, der chemischen, der Kautschuk- und Papierindustrie, der Elektrotechnik die Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert werden. Und dies bei fortschreitend schlechterer, unzureichender Ernährung. Kein Wunder, daß die Sterblichkeit in den deutschen Großstädten zunimmt und von 63.8 pro Tausend im ersten Halbjahr 1932 auf 73 im ersten Halbjahr 1937 angestiegen ist. Dem Raubbau an der Wirtschaft folgt jetzt der Raubbau an den Menschen.

Dr. Richard Kern.

mindeste sei, was es überhaupt für das deutsche Volk gibt.

Diesem Kriegsbrot wurde von Ihnen die Eigenschaft zugeschrieben, daß es das Entstehen von Zahnfäule und Zahnstein verhindere. Das wäre sehr wichtig, denn 95 Prozent aller Gebisse in Deutschland sind von Zahnfäule befallen. Aber es war auf der Tagung auch ein norwegischer Professor anwesend, Prof. Schiötz-Oslo, der diese Behauptung der Öffentlichkeit nicht mitmachte und gegen die Prostituierte der Wissenschaft protestierte. Er stellte fest, daß das Hartbrot »keine unumgängliche Bedingung für die Bekämpfung der Zahnfäule sei. Es komme vor allem darauf an, daß alle Menschen mit gesunden Gebissen das ganze Jahr hindurch fortlaufend gleichmäßig vitamin- und mineralreiche Nahrung dem Organismus zuführten.« Aber eben das wird bekanntlich den Massen des Volkes durch die nationalsozialistische Wirtschafts- und Ernährungspolitik unmöglich gemacht, die ihnen Fleisch, Butter, Eier und Milchprodukte vorenthält.

Der Münchner Prof. Wirz suchte diese Feststellung zu entkräften. Der größte Teil des Mineralsalzes und der Vitamine gingen heute durch Verfahren, die eine bessere Aufbewahrung zum Ziele hätten, verloren. An

Stelle von Fleisch, Butter und Fett empfahl er Vollkornbrot, Kartoffel, »richtige« d. h. ohne Fett, Butter u. dgl. zubereitetes Gemüse, kurz den Küchensettel, den das Regime für die ärmere Bevölkerung bereit hält.

Es war jedenfalls gut, daß die deutschen Professoren von dem Osloer Professor korrigiert wurden. Freilich muß in der deutschen Presse dieser Protest gegen die Vergewaltigung der Wissenschaft totgeschwiegen werden.

August Brey gestorben

August Brey, der langjährige Vorsitzende des reichsdeutschen ehemaligen Fabrikarbeiterverbandes, ist im 73. Lebensjahre bei Hannover plötzlich verstorben. Mit August Brey ist einer der markantesten Männer der deutschen Arbeiterbewegung dahingegangen. 41 Jahre war er Vorsitzender des deutschen »Fabrikarbeiterverbandes mit Keramischem Bund«, jahrzehntelang präsiidierte er allen internationalen Kongressen der Fabrikarbeiter-Internationale, deren Präsident er war. Politisch übte er 31 Jahre für seinen Wahlkreis Hannover sein Reichstagsmandat aus. Er war bis zum Ausbruch des Dritten Reichs Mitglied der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei.

Besitzsteuern abgelehnt - Pumpwirtschaft fortgesetzt

»Nicht einmal, sondern mehrfach haben Reichsfinanzminister und Reichsbankpräsident betont, daß man sich der Grenzen staatlicher Kreditausweitung durchaus bewußt sei. Die auffallende Liquidität der Kreditmärkte, die trotz häufig wiederholter Riesenemissionen des Reiches anhält, deutet darauf hin, daß wir uns diesen Grenzen nähern.«

Das schrieb Schachts »Deutscher Volkswirt« im April.

War das eine Warnung vor den Gefahren einer Inflation? Was sonst sollte die Gefahr sein, die droht, wenn die »Grenzen staatlicher Kreditausweitung« überschritten sind?

Aber man darf nicht übersehen, daß der Begriff der Inflation vieldeutig ist und daß nicht jede Ueberschuldung des Staates, nicht jede Ueberschwemmung der Wirtschaft mit staatlichen Schuldtiteln, sei es in Form von Banknoten oder in der im Dritten Reich überwiegenden versteckteren Form der Staatswechsel und Staatsanleihen, zu jener ununterbrochenen und sich steigernden Teuerung zu führen braucht, an die wir in Erinnerung an die Zeit vor 14 Jahren denken, wenn wir von Inflation sprechen. Das ist schon deshalb im »totalen« Staat — aber nicht nur dort — anders, weil er es in der Hand hat, durch Dekrete und mit Zwangsmitteln die Teuerung zwar nicht zu verhindern, aber doch aufzuhalten, zu rationieren.

Die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne auf amtlichen Befehl unter Druck gesetzt werden, und die Kleinhändler, die unter schärfster amtlicher Preiskontrolle stehen, haben die Kosten dafür zu tragen, daß die staatliche Schuldenwirtschaft nicht zu jenem unaufhaltsamen Prozeß der Geldentwertung ausartet, den wir mit Inflation zu bezeichnen pflegen, der aber unmißverständlicher Ueberinflation genannt werden sollte. Der Druck auf Löhne und Gehälter schränkt den Verbrauch ein und drückt so auf die Preise. Die amtliche Preiskontrolle verhindert, daß die Preise in gleichem Maße in die Höhe klettern, wie die Konsummittel knapper werden. Inflationsgewinner sind allein die Rüstungslieferanten, zu deren Gunsten sich das Reich verschuldet und die als Staatsgläubiger riesige Barmittel in Gestalt staatlicher Schuldtitel in ihren Safes aufhäufen. Daher die »auffallende Liquidität der Kreditmärkte«, die Schacht bedenklich erscheinert. Der Gegenstand seiner Sorge und der Anlaß seiner Warnung ist aber nicht der tiefe Stand des Masseneinkommens und auch nicht die verzweifelte Lage des Kleinhändlerturns, sondern die Geldfülle bei den Großunternehmern. Zum Teil ist sie allerdings trügerischer Schein. Mangels Angebote von Rohstoffen müssen die Unternehmer von alten Vorräten zehren. Das so »gesparte« Geld ist also nur der geldmäßige Ausdruck eines Substanzverzehrs. Es gibt aber noch reichlich echte Gewinne, die nicht dem Rohstoffmangel, sondern verschärfter Ausbeutung und den guten Preisen zu verdanken sind, die das Wehrministerium zahlt. Geldmittel, die für ihre Besitzer wertlos sind, wenn sie in den Tresors ein arbeitsloses und zweckloses Dasein führen, drängen nach Verwertung. Daran hindern sie, abgesehen vom Rohstoffmangel, die staatlichen Investitionsverbote, die den Zweck haben, mit dem Verbot von Neugründungen die Nachfrage nach Waren einzuschränken und Teuerung und Warenmangel einzudämmen. Aber bei weitem nicht dies alles allein, sondern weit mehr noch die Abneigung des Großunternehmertums, an dem Risiko der gigantischen Fehlanlage des Vierjahresplans teilzunehmen. Görings neue Eisengründung zeigt, daß sie von Staats wegen nach Kräften davor geschützt werden, ihr am Staat verdientes Geld »staatspolitischen Notwendigkeiten« zu opfern.

Der amtlich gehemmte Geldstrom drängt aber zur Anlage, und das heißt schließlich zur Anlage in Waren. So wird die Geldschwemme bei den Großunternehmungen, die ja nur die Kehrseite der öffentlichen Ueberschuldung ist, zu einer schweren Sorge für Schacht. Er hat die Gefahr inflationistischer Teuerung mit drakonischen Mitteln zu bessern versucht, aber gerade damit die Gefahr selbst heraufbeschworen, die nunmehr daher droht, daß der gehemmte Geldstrom die kunstvoll errichteten Dämme durchbricht, sich auf den Warenmarkt ergießt und dort jenes Uebermaß von Teuerung und Warenknapp-

heit verursacht, dem Schacht mit seinen Zwangsmaßnahmen entgegen wollte.

Es gibt nun ein einfaches Mittel, zugleich diese Geldüberfülle und die Staatsverschuldung abzubauen. Der Staat brauchte nur den Unternehmern als Steuern einen Teil dessen zu nehmen, was er ihnen in so verschwenderischer Fülle geschenkt hat. Ueber diese Frage der Sonderbesteuerung von Uebergewinnen hat sich in der parteiamtlichen und gleichgeschalteten Presse eine Diskussion entsponnen, die allerdings keine wirkliche Auseinandersetzung, sondern ein Spiel mit verteilten Rollen ist. Das zeigt sich schon darin, daß gerade die parteiamtlichen Organe die radikalsten Forderungen stellen und den schärfsten Antikapitalismus mimen. Mit ihrem Scheinradikalismus wollen sie von der echten Mißstimmung ablenken und den gläubigen Heißspornen unter den Nazis ein Ventil schaffen. So schrieb die »Deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst« in ihrer dritten Juni-Nummer:

»Auch für Deutschland wäre es kein Zeichen der Schwäche, wenn es jetzt in verstärktem Maße die Sondergewinne erfassen würde, die nun einmal bei jedem großen Investitionseinsatz des Staates entstehen. Es ist gewiß erfreulich, daß das Verhältnis von Staatsinvestition und Zunahme der Staatsverschuldung sich von Jahr zu Jahr gebessert hat und daß sich durch die Konsolidierungspolitik des Reiches das Verhältnis zwischen kurzfristiger und langfristiger Verschuldung bessert. Diese beiden wichtigen Tatsachen widerlegen aber nicht etwa die Forderung nach verstärkter steuerlicher Erfassung der »Uebergewinne«, sondern stützen sie nur.«

Nonnenbruch, der Wirtschaftspolitiker des »Völkischen Beobachters«, erhebt die gleiche Forderung, allerdings mit einer für die »Opfer« beruhigenden Einschränkung:

»Die Gewinne sollen ja nicht ganz weggesteuert werden. Wie die hohen Gewinne anzeigen, ist die Kaufkraft schon etwas höher als die Erzeugung... Wir brauchen nicht mehr Kapital, als wir Arbeiter einsetzen können. Die Kapitalbildung ist jetzt größer als für den Einsatz der verfügbaren Arbeiter notwendig ist. Das heißt: die Steuern müssen so gehalten werden, daß die Kapitalbildung sich im Einklang mit den verfügbaren Arbeitern hält.«

Es besteht also nach Nonnenbruch ein Mißverhältnis zwischen den durch Mangel an Arbeitern und Rohstoffen begrenzten Investitionsmöglichkeiten und der Fülle des anlagebedürftigen Geldprofits. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß »die Ueberliquidität abgeschöpft werden muß, bevor sie sich »inflationistisch« auszutoben beginnt«. Womit also von dieser quasi amtlichen Stelle nicht nur die Ueberliquidität selbst, sondern auch ihre inflationistische Gefahr, wenn auch in Gänsefüßchen, zugegeben wird.

Diplomatischer als die parteiamtlichen Blätter muß sich das nur gleichgeschaltete »Berliner Tageblatt« verhalten. Es vermeidet ausdrückliche Stellungnahme und begnügt sich mit betrachtenden Ergänzungen. Bisher hat man die Erhöhung der Besitzsteuern vermieden und sich damit begnügt, den Ueberfluß von Staatswechseln durch Anleihen abzuwehren. »Selbstverständliche«, meint das »Berliner Tageblatt«, »wird der Fiskus das System der Konsolidierungsanleihen fortsetzen; aber man wird es auch nicht übertreiben wollen, schon aus psychologischen Gründen«. Weil nämlich »die bisherige Abschöpfung eine Art Optimismus erreicht hat«. Deshalb könnte man »sich wohl vorstellen, daß bei uns eine Aufstockung des Steuergebäudes im Zuge der Entwicklung liegt, die versuchen mag, die Abgaben etwas stärker zu staffeln, als die zu erfassenden Gewinne gestaffelt sind... Niemand sollte vergessen, daß wir nationalwirtschaftlich mitten in einem Spurt sind, wie ja wohl die Sportleute sagen, sicherlich nicht in einem Idyll.«

Gewiß könnte man sich mancherlei vorstellen, aber Schacht stellt sich eben etwas ganz anderes vor als das »Berliner Tageblatt« und sogar als der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« und sogar Herr Nonnenbruch sich vorzustellen vorgeben. Sein Organ »Der deutsche Volkswirt« setzt hinter diese Diskussion folgenden energischen Schlußpunkt:

»Man sollte nicht übersehen, daß die gegenwärtige höhere Liquidität in vielen Fällen auf einer ungewöhnlichen Verringerung der Lagerhaltung beruht, daß sie nicht überall so hoch ist wie bei den besonders beachteten Aktiengesellschaften und daß die »Fettpolster«, die sich allmählich wieder zu bilden beginnen, vielfach noch außerordentlich dünn sind... Das Dritte Reich hat sich im Dienste einmaliger Ausgaben genötigt gesehen, die von der Vergangenheit übernommenen Krisensteuern in ihren Grundzügen zunächst beizubehalten. Wenn aber schon vorläufig keine Erleichterung der Unternehmerbesteuerung möglich ist, dann ist es nicht angängig, mit dem groben Geschütz von Steuererhöhungen gegen vereinzelte volkswirtschaftlich unerwünschte Erscheinungen vorzugehen, die man auf andere Weise besser bekämpfen kann.«

Man fragt sich, warum nicht wenigstens »die besonders beachteten Aktiengesellschaften«, wenn es sich schon bei den anderen nicht lohnt, zur Verdünnung ihres Fettpolsters gezwungen werden sollen. Es ist erst wenige Monate her, seit der gleiche »Deutsche Volkswirt« vor den Gefahren des Fettpolsters der Ueberliquidität gewarnt hatte. Inzwischen hat sich, nicht ganz ohne Widerstreben Schachts, die Richtung Göring durchgesetzt, die wirtschaftliche Mobilmachung als Mittel der Einschüchterung und Bedrohung, jene Richtung, die offensichtlich auf »die Grenzen staatlicher Krediterweiterung« keine Rücksicht zu nehmen gedenkt. Da ist Schacht offenbar auf ein Mittel verfallen, das den Vorzug hat, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, die Geldfülle des Großunternehmer abzubauen und ihnen dennoch ihren Kapitalwert zu sichern, ihn nicht vom Staat abschöpfen, sondern diesen vom Großkapital schröpfen zu lassen. Schacht eröffnet ihm den »Ausweg« in die »Sachwerte«.

Es ist zehn Jahre her, seit Schacht jene Greuelpropaganda gegen den internationalen Kredit der öffentlichen Hand begann, der zur Folge hatte, daß die Kommunen in Finanznot gerieten und den »besonders

beachteten« Aktiengesellschaften eine Art Monopol auf ausländische Anleihen beschert ward. Die Kommunen sollten dem Bankrott zugetrieben und gezwungen werden, ihren wertvollsten Besitz den »Wirtschaftsführern« zu verramschen. Das war nicht ganz geglückt, dafür aber war es Schacht gelungen, die Großkonzerne in jene gewaltige Ueberlastung mit Auslandskrediten hineinzutreiben, die die Ursache des großen Bankkrachs vom Juli 1931 gewesen ist, ohne den allerdings — das ist zugegeben — der Führer nicht der Führer und Schacht nicht des Deutschen Reiches Wirtschaftsdiktator geworden wäre. Was Schacht jetzt offenbar plant, ist die Fortsetzung der Finanzpolitik von einst unter allerdings wesentlich veränderten Umständen. Schacht weiß, daß die »nationalpolitischen Notwendigkeiten« ungeheuer viel mehr Reichsmittel verschlingen, als das Dritte Reich riskieren könnte, dem Großkapital durch Steuern abzunehmen und durch Anleihen zu »konsolidieren«. Aber offenbar ist es gerade das, was Schacht will. Noch mehr als bisher soll das Reich an das Großkapital verschuldet, noch mehr als bisher soll dieses seine Geldschränke mit den Schuldtiteln des nationalsozialistischen Staates füllen. Am Ende bleibt dann kein anderes Mittel, mit der Staatsverschuldung zugleich die Ueberliquidität abzubauen, als die Verschleuderung öffentlichen Eigentums, auf daß sich das Führertum des Wirtschaftsführers bewähre und sie, wenn der Traum der »Staatskonjunktur« ausgeträumt ist, gerüstet sind, die dann unvermeidliche Krise auf ihre Weise zu meistern. Die Methoden haben sich ein wenig geändert, das Ziel ist das gleiche wie einst: Auspowern des Staates und Bereicherung des Großkapitals.

Schacht hat sich nunmehr entschlossen, dem Worte die Tat folgen zu lassen. Anstatt der Erhebung einer neuen Besitzsteuer wird vom »Deutschen Volkswirt« für Ende August oder Anfang September die Auflegung »einer neuen Anleihe angekündigt«.

G. A. F.

Aus großer Zeit

Russische Flugplätze der Tschoschowlawel anzudichten, ist eine alte Spezialität des »Völkischen Beobachters«. Will er jetzt auch das »blutsverwandte« Schweden mit der gleichen Lügenkampagne beglücken? Es scheint so. Das saubere Nazi-Zentralorgan behauptete nämlich jüngst, Litwinow habe mit dem schwedischen Außenminister Sandler über die Anlage russischer Militärflugplätze in Nordschweden Verhandlungen angestrebt...

Die skandinavische Presse weist auf die maßlose Dummheit dieses neuen Nazi-schwinds hin. Denn gegen welches Land könnten die Russen wohl von Nordschweden (!) aus einen Luftkrieg führen wollen? Da sie Norwegen und Finnland bequem von ihrem eigenen Territorium aus erreichen können, käme nur — Island in Frage!

Was ist mit Ossietzky? In einigen Zeitungen erschien kürzlich ein aus reichlich dunkler Quelle stammendes »Interview« mit dem Nobelpreisträger, wonach dieser erklärt haben soll, er sei nun ein absolut freier Mann und werde lediglich durch Krankheit an voller Bewegungsfreiheit gehindert. Er habe seine Gesinnung nicht geändert, sei jedoch deswegen keinen Schwierigkeiten ausgesetzt. Er stehe in einem ständigen, regen Briefwechsel mit seiner in Schweden lebenden Tochter...

Die letztere gab daraufhin im Stockholmer »Social-Demokraten« die Erklärung ab, daß sie bereits seit mehr als fünf Monaten von ihrem Vater keinerlei Lebenszeichen erhalten habe!...

Keine Reise ohne Baldur! Jugendliche bis zum vollendeten 20. Lebensjahr dürfen jetzt überhaupt keine Auslandsreisen mehr machen. — es sei denn, daß der »Reichsjugendführer« ausdrücklich seine Genehmigung dazu erteilt. Die Paßstellen sind — laut Ministerialerlaß — angewiesen, Auslandspässe nur noch solchen Jugendlichen auszustellen, die eine entsprechende Bescheinigung vorlegen können. Besagter Wisch muß auch an der Grenze bei der Ausfahrt und bei der Heimkehr vorgezeigt werden.

Im Ausland könnten die jungen Leute

durch Gelegenheit zu mancherlei Vergleichen verwirrt und gefährdet werden. Ihr arisches Seelenheil könnte ins Wanken kommen. Nunmehr wird Baldur sie gegen alle fremdvölkischen Einflüsse kunstgerecht abdichten.

»Dank der Hilfe des Führers...« Wenn heutzutage ein Museum eine kostspielige Neuanschaffung macht und dazu vom Reich eine Sonderbeihilfe erhält, dann hat die Göbbelpresse die Pflicht, das Ganze als persönliche Helden- und Opfertat des allgütigen Führers hinzustellen und mit schmälzigen Dankeszähren zu begeußen. Im »Berliner Tageblatt« sieht das dann so aus:

»Dank der Hilfe des Führers sind dem Germanischen Museum die notwendigen Mittel zum Erwerb des Behaim-Globus zur Verfügung gestellt worden. Der Führer hat auch verfügt, daß der Globus im Museum in einer Glasvitrine zur Aufstellung gelangen soll...«

Die »Hilfe des Führers« besteht darin, daß nicht er, sondern das deutsche Volk den Globus bezahlt. Auf die ganz einmalige, die schlechthin geniale Idee mit der Glasvitrine wäre dagegen die Museumsleitung ohne Hitlers weise »Verfügung« natürlich nie im Leben verfallen! Vielleicht wird man an der Vitrine ein Schild anbringen: »Daß ich hier stehen darf, danke ich dem Führer!« K.

Die Schachfigur

Am 6. August hat Hitler in Berchtesgaden den Botschafter des Rebellenführers Franco empfangen, der in Deutschland amtlich als Chef des spanischen Staates bezeichnet wird. Der Abgesandte des »Chefs« verächtete dem »Führer«, daß Franco und die Seinen die gleichen Gesinnungen fühlten wie die Nationalsozialisten, er sprach von unermeßlicher Dankbarkeit und erklärte, daß viele nationalsozialistische Grundlagen auch in Spanien Anwendung finden sollten.

Die absolute Abhängigkeit Francos von Hitler und Mussolini hat in diesen Erklärungen deutlich Ausdruck gefunden. Alles Gerede von einer Unabhängigkeit Spaniens nach einem Siege Francos ist nur Vernebelung des Tatbestandes, daß Franco ein Vasall ist, eine Schachfigur, die von den großen Diktaturmächten nach Belieben im Spiel ihrer politisch-strategischen Interessen verschoben wird.

Ein Franzose sieht Deutschland

Roland Dorgelès, der Verfasser der »Hölzernen Kreuze« — neben dem Roman von Barbuse eines der meistgelesenen Kriegsbücher Frankreichs — gibt unter dem Titel »Es lebe die Freiheit!« den Rechenschaftsbericht einer Reise durch Diktatorländer. Er ist gründlich, er besucht Rußland, Deutschland, Italien, Oesterreich und Ungarn. Von sich selbst sagt Dorgelès, daß er unpolitisch sei; das läuft meist auf Politik der Rechten hinaus, und so sieht er denn auch die Außenpolitik Frankreichs unter dem Blickwinkel der Konservativen. Indessen ist Dorgelès ein liberaler Mann, er hat das Ohr für die leinsten Nuancen der Unterdrückung, man höre ihn über Oesterreich sprechen, er kommt den Autoritären auf ihre Schliche, er ist als Beobachter guten Willens.

Wenn er in Hamburg in der Morgenfrühe, an einem regnerischen Tage Dockarbeiter nach dem Schicksal Edgar Andrés zu fragen versucht, so ist diese Szene für unser Gefühl von einer bösen Komik. Es dreht sich einer schwer herum und sagt: »Edgar André — wer ist das? Den kennen wir nicht.« Davon abgesehen aber muß man Dorgelès nicht des Vorwitzes zeihen. Hören wir, was er über die Braunhemden sagt.

»Was haben sie gewonnen, frage ich mich, die armen Teufel der Sturmtruppe, Nazis seit der ersten Stunde, die die Kommunisten mit Revolvern angegriffen haben und die, wenn es sein mußte, den Maschinengewehren der Reichwehr trotzen? Nichts als diese unkleidliche Hose, die sie selbst bezahlen mußten, Stiefel aus Kunstleder, eine Feldflasche, die — ach wie oft — leer ist und das braune Hemd, unter dem sie frieren. All ihren Gewinn führen sie bei sich. Die Auszeichnungen, das Avancement, die guten Stellen, das ist für die anderen gewesen, für die Söldner der Schutzstaffel (SS), nun brüsten sich die Herren in ihren schwarzen Uniformen. Die allerdings waren noch zu jung, um sich schon in München zu schlagen, sie sind gerade im günstigen Augenblick gekommen. Seit dem Juni 1934, — der Eriedigung Röhm, kann man sagen, daß die Braunhemden, denen Hitler die Macht verdankt, nichts mehr als Figuranten sind.

Sie kommen einen Abend in der Woche zu einer Besprechung zusammen und an drei Sonntagen des Monats zu einem Übungsmarsch, der immer mehr den Charakter einer Landpartie annimmt. Bei einer Katastrophe oder bei einem Umzug erinnert man sich ihrer, sie dürfen dann Ordnungsdienst machen oder die Fahnen tragen. Auf dem Schießplatz läßt man sie üben, aber dann müssen sie die Patronen bezahlen. Ihr einziges Privileg ist, einen Monatsbeitrag zu leisten. Arbeitslose: hundert sous. Das ist Vorzugspreis. Da sieht man, was es einbringt, die Haut für einen Diktator zu Marke zu tragen.

Dorgelès weiß aber auch, wie es bei den behäbigen Leuten aussieht. Er überschreibt diesen Abschnitt »Hitlers Parias.« Sein Bericht beginnt damit, daß man einer reichen Kaufmannsfamilie in der Leipziger Straße während des Abendessens Gäste aufgenötigt hat, Hausgenossen, die zum Gemeinschaftsempfang einer Hitlerrede antraten. Dorgelès denkt dabei an die Dummköpfe in Frankreich, die meinen, daß bei einem autoritären Regime ihr Heim unverletzlich und der Privatbesitz heilig sein würde.

»Na schön, der Besitz, wir können ja davon sprechen«, seufzte mein Gastgeber, indem er seine Serviette auseinanderfaltete. »Die Sache ist einfach, man raubt uns aus, man tötet uns.« Und wie ich ein wenig lächelte: »Aber wirklich, mein Herr. Dieser Göring ist zu allem fähig. Er droht schon, denjenigen den Hals abzuschneiden, die Geld im Ausland haben.

Man beklagt immer die Intellektuellen, aber die Freiheit des Handels wäre auch wert, daß man Respekt von ihr hätte. Ein Schuhwarenfabrikant, ein Restaurateur, ein Bankier ist nicht weniger unfrei als ein Journalist, nicht weniger gefährdet als ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter. Wenn unsereiner drankommt, unterzeichnet das Ausland keine Petitionen. In der Tat, wer kümmert sich um das Schicksal eines Fabrikbesitzers, den man enteignet, eines Laden-

inhabers, den man einsteckt? Das sind Dinge, die alle Tage vorkommen. Bei der kleinsten Gesetzesübertretung werden einem erdrückende Geldstrafen auferlegt, 10.000, 20.000, 50.000 Mark.

»Sag mal, Krantzler,« fragte mein Gastgeber seinen Schwager, einen starken Mann, der bis zur Unschicklichkeit glattrasiert und kurz geschoren war, »von wieviel Amtsetzeln wirst du kontrolliert?« »Acht« antwortete der andere mit vollem Munde — »Es folgen hier Klagen über Bürokratisierung des Handels, die unseren Leser nichts Neues sagen würden, ebenso über Beschneidung des Profits.

»Das ist Kollektivismus«, sagte, indem er sich mälligte, Herr Krantzler. Er meinte Bolschewismus. Es ist Tatsache, daß das Regime kaum mehr die Besitzenden schont. Beim Eintritt nach Deutschland könnte man zum Gebrauch der Reichen eine Tafel anbringen: »Diktatur, Gefahrenzone.« Der Staat schöpft ohne Scham aus den Kassen unter dem Vorwand freiwilliger Beiträge, deren

Höhe er selbst festsetzt. »Seien sie sicher, an dem Tage, an dem sie eine gewisse Summe verdienen, wird mit gleicher Post ein Scheck einlaufen, den sie auszufüllen haben, — zugunsten irgend eines Parteihilfswerks.« »Das Messer an der Kehle«, lächzte mein Nachbar. »Die Armen wenigstens haben nichts zu verlieren.«

Das ist wahr. Nichts als ihre Haut... Während der Reiche am Kassenschub ebenso empfindlich ist wie an den Nieren. Ich fühle ein Unbehagen in der Gegend meines Geldbeutels, hätte der dicke Herr neben mir sagen können.

Soviel über die Nöte der Besitzenden. Zu dem folgenden und letzten Bruchstück des Reiseberichtes, aus dem wir zitieren, muß bemerkt werden, daß man aus einigen Angaben, die Dorgelès macht, erkennen kann, er ist etwa vor einem Jahre in Deutschland gewesen.

»Wo sind die, die Widerstand leisten? Seit einem Monat suche ich sie vergeblich, von der Ostsee bis nach Tirol.

Ich entdeckte entschlossene Feinde des Regimes nur ganz oben und ganz unten. Ganz oben, damit meine ich, bei den großen Würdenträgern der katholischen Kirche, bei einigen gedemütigten Fürsten, bei den Intellektuellen, die man unterdrückt, den Großindustriellen, die man beraubt, und ganz unten, in den Reihen derer, die Fronarbeit leisten. Zwischen diesen zerstreuten Kräften gibt es kein Band, kein Vertrauen, keine Liebe.

Man soll sich darüber nicht täuschen. Wenn nicht äußere Ereignisse eintreten, ist das Dritte Reich in seinem Bestand gesichert. Es gleicht den gotischen Kirchtürmen, die auf zerbrechlichen Bogenreihen ruhen und im offenen Himmel den Gesetzen des Gleichgewichtes zu trotzen scheinen. Kein Geld, kein Handel, keine Arbeit, kein Brot. Trotzdem, es steht. Aber wenn die Erde zittert, wird alles einstürzen. Kein anderer Staat ist einer Erschütterung von außen so sehr auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Flucht vor dem Jus!

Krise der juristischen Fakultäten — Hörsäle und Institute nahezu leer — Keine Karriere mehr...

Von einem früheren deutschen Verwaltungsjuristen wird uns geschrieben:

Ausgerüstet mit den Attesten treuer Dienstbereitschaft gegenüber dem Dritten Reich rüsten sich 400 deutsche »Rechtswahrer zur Reise nach Paris. Sie sind die offiziellen Abgesandten zur Teilnahme an einer internationalen Juristentagung, auf der sich das übliche Spiel wiederholen wird: festlicher Empfang der deutschen Delegierten, als ob sie Vertreter eines Landes wären, in dem die in der Welt geltenden Rechtsprinzipien und ihre moralischen Grundlagen immer noch volle Anwendung finden. Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungsjuristen — alle werden sie sich in Paris als honnette europäische Bürger präsentieren und »beweisen«, daß der neudeutsche Blutrichter als Vollzugsorgan des Nationalsozialismus ein Greuelmärchen der Emigranten sei.

Aber die braunen Schleiher um die deutsche Rechtspflege — die Feder wehrt sich gegen die Niederschrift dieses Wortes — sind doch nicht ganz so undurchsichtig, wie ihre Interessenten glauben. Aus dem Schoße der deutschen Universitäten kommen wahre Notschreie über den Niedergang des Rechtsstudiums. Von 1933 bis 1936/37 ist die Zahl der Studierenden der juristischen Fakultäten von 16.300 auf 6.000 zurückgegangen, sodaß die zuständigen Instanzen ihre Sorge um ausreichenden Nachwuchs nicht länger verhehlen. Besonders fehlt es an Studenten für die ersten und mittleren Semester. An nahezu allen deutschen Universitäten wird, wie man aus der braunen Presse an etwas versteckter Stelle erfährt, augenblicklich erwogen, ob man nicht eine ganze Reihe einführender Vorlesungen ausfallen lassen muß, weil sie sich nicht mehr lohnen. Es bestehe, so erfährt man,

»vielerorts bereits ein starkes Mißverhältnis zwischen den staatlich bereitgestellten Lehrrichtungen, Lehrstühlen, Instituten etc. und der vorhandenen Hörerzahl. Diese Unregelmäßigkeit muß sich natürlich auf die Intensität des Studiums und den Charakter der Prüfungen auswirken.« (»Westdeutscher Beobachter.«)

Die Sache erweist sich aber als noch viel schlimmer, wenn man die Zahlen nachprüft. Es ergibt sich, daß von den 6000 Rechtstudenten heute ein volles Drittel allein auf die Universitäten Berlin und München entfallen, während zwei Drittel an den 23 anderen deutschen Hochschulen immatrikuliert sind! Das ist nahezu ein Zusammenbruch des deutschen Rechtsstudiums. Jede deutsche Hochschule legte Wert darauf, nicht nur einen vollständigen juristischen Lehrkörper, sondern auch vielseitige Spezialinstitute zu besitzen. Was darin gefehlt hatte, wurde großzügig von sozialdemokratischen oder demokratischen Kulturministern in den »Jahren der Schmach« bewilligt. Heute sind die Hörsäle verödet, die Bibliotheken unbenutzt — trotz des jüdischen Exodus aus der Jurisprudenz, der so vielen patentarischen Anwärtern auf Aemter und in den freien Berufen endlich Ellenbogenfreiheit verschaffen sollte.

Woher der Rückgang? Die nationalsozialistische Presse ist etwas ratlos bei der Deutung des Phänomens — wobei dahingestellt sei, was zu schreiben ihr erlaubt worden ist. Sie verweist auf die Abwanderung vieler Abiturienten zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht — ohne ein Wort über die Frage, weshalb gerade das Studium der Jurisprudenz einen solch unverhältnismäßig großen Rückgang verzeichne. Die Gründe müssen also tiefer liegen, und sie sind nicht schwer zu erkennen: es gibt kaum noch eine aussichtsreiche juristische Karriere im Dritten Reich.

Diejenige des Verwaltungsjuristen ist reizlos geworden. Überall konkurrieren sie mit »alten Kämpfern«, von denen die meisten noch jung an Jahren sind — nach der Devise, daß nicht das Wissen, sondern der »Charakter« entscheidend sei. Die Laufbahn der Richter und Staatsanwälte ist durch die Sondergerichtsbarkeit der Partei außerordentlich eingeschränkt worden — eine Gerichtsbarkeit durch gesetzlichen Zwang, die von juristisch ungeschulten »Führern« ausgeübt wird. Hohe Gerichtsbeamte sprechen in vertrautem Kreis von der immer stärkeren Einengung ihrer Befugnisse mit großer Erbitterung, freilich bei sonst völligem Mangel an Zivilcourage, da sie sich gegen das Diktat zur Aburteilung von gesinnungsfesten Oppositionellen niemals auflehnen. Katastrophal aber ist die Lage der Rechtsanwälte. Obwohl vor allem in den Großstädten die Anwaltsliste um 50 Prozent und darüber hinaus durch Entfernung oder formelle Boykottierung der Juden unter ihnen reduziert worden ist, klagen die arischen Büros über einen deprimierenden Mangel an Kundschaft. Besonders unter der jüngeren Anwaltschaft herrscht bitterste Not. Die Ursache liegt zum Teil daran, daß die Parteigenossen verpflichtet sind, ihre Differenzen außerhalb des Gerichts »unter sich zu schlichten — und daß die anderen den Glauben an die Existenz einer Gerechtigkeitspflege verloren haben.

Es gibt aber noch einen anderen Grund für diese offene Flucht junger Menschen vor dem juristischen Studium im Dritten Reich — einen Grund, der für jeden Feind des Regimes wichtiger ist und ihn hoffnungsfroher stimmt als alle anderen, die auf mangelnden Karriereaussichten und Verdienstmöglichkeiten beruhen. In der deutschen Jugend wächst, wenn auch erst langsam und in der geistigen Zielsetzung noch sehr unklar, der innere Widerstand gegen die ihr im Dritten Reich gegebene Aufgabe: nur Diener und Büttel zu sein — ohne Raum für die Stählung einer freien Gesinnungs- und Willensentscheidung, die zum ewigen Anrecht junger Menschen gehört. Gerade den deutschen Juristen ist nichts mehr geblieben als der Befehlsempfang der parteipolitischen Exekutive, vor welchem Universität und Studium der Gesetze zur Farce geworden sind.

An der Hitleritis gestorben

Das Ende der Münchner »Jugend«

Nach langem qualvollen, aber mit Geduld ertragenem Leiden verschied dieser Tage in München die »Jugend«, die einmal Hoffnung und Sammelplatz eines Deutschland war, dem es um andere und wesentlichere Werte, als es die des »offiziellen« Deutschland sind, ging. Der Verlag der Zeitschrift, die Hirth A. G. in München, hat nun endlich Konkurs angemeldet; und der war so gründlich, daß von den 800.000 Mark ursprünglichem Anlagekapital nur noch 50.000 auf dem Papier stehen geblieben sind, die auch noch drauf gehen müssen, um die letzten »Hotelrechnungen« der Verblichenen zu regulieren. An der Totenbahre stehen eigentlich nichts als Schulden und Erinnerungen...

Da der »Führer« keine andere Kunst in Deutschland duldet, als die vom Stile des Herrn von Werner (Marke: Kaiserproklamation in Versailles) und einiger ebenfalls schon längst verewigter Marinemaler, wäre die »Jugend« der Gestapo mit Leib und Seele verfallen gewesen, wenn sie auch nur mit einem Bruchteil ihres Gründergeistes ihrem Lebensziel und ihrem ästhetisch-moralischen Standard treu geblieben wäre. Gott sei Dank — sie hatte sich bereits »gleichgeschaltet« — längst ehe das die Handelskammer von Unna oder die Stahlhelmortsguppe von Heringdorf tat! Indem München aus einer Stadt der Schwabinger Gelstreben und Sturmgelassen, der soliden alten Geistigkeit und des neuen Sturm und Dranges so sachte — dank mannigfacher historischer Umstände — zu einer Paßfälscherzentrale für Fememörder und zum Tummelplatz dunkler Offiziersverschwörungen, zur »Stadt des Blutmarsches«, zur Residenz Hitlers und Ludendorffs wurde, hatte die »Jugend« eigentlich keinen Heimatschein mehr. Deutschland war erschreckend humorlos geworden, längst bevor das alles »vom Kaiserhof zur Reichskanzlei« nur so ab schnurte. Und es wäre eine riesig dankbare Aufgabe kommender Psychoanalytiker, einmal künftigt zu untersuchen, wie viel der deutsche Mangel an Witz — sicherlich durch unendlich konkretere und massivere andere Defizitdinge verursacht — und nicht etwa die SA Herrn Hitler schließlich »an die Macht« verholten hat. Die »Jugend« starb eigentlich schon, als es für sie keinen würdigen Gegenpieler und Antipoden mehr gab: als der letzte Wilhelm nur noch eine dem Weltweid anheimgegebene Emigrantengestalt in Holland wurde, erreichte sie schon damals eigentlich ihre geistige Altersgrenze. Und erst Hitler mit Ludendorff im Hintergrund? Das ist zu tiefst schauerlich, als daß ein Witzblatt das überstände! Hier haben die Erynnien und nicht die Muses das Wort...

Für das »andere Deutschland« freilich, das einmal der »Jugend« bei ihrer ästhetisch-moralischen Aufräumarbeit in Deutschland begeistert folgte durch Jahrzehnte, wie es sich

Minderheitenrechte im Nazireich

Braune „Wissenschaft“ hetzt gegen die Wenden

durch die politischen Donnerkeile ihres ja nun auch so altersschwach und gichtbrüchig gewordenen Bruders im damaligen Geist, des »Simplizissimus«, von gleicher Stelle aus zur Gedankenstat der Rebellion beschwingen ließ, ist der Tod der »Jugend« mehr als ein üblicher Zeitungsleichenfall in Hitlerdeutschland.
H. E.

Die Humanität triumphiert dennoch . . .!

Peitschenhiebe — zwei Monate Gefängnis!
Die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 407) hält folgende Meldung für so wichtig, daß sie dafür ihrem Korrespondenten sogar die Telegrammspesen Hannover-Frankfurt bewilligt hat:

»Das Schöffengericht Hannover verurteilte einen 36jährigen Mann, der in sinnloser Wut auf ein Pferd eingeschlagen hatte, das einen schwer beladenen Wagen ziehen sollte, wegen Vergehens gegen das Tierschutzgesetz zu zwei Monaten Gefängnis.«

Wohlthuend klingt so etwas doch ans Ohr der aufhorchenden Welt. Die »sinnlose Wut« des bestialischen Täters hat sicherlich noch strafmildernd gewirkt; denn was müßte erst mit einem Peitschenhieb geschehen, der nicht in einem Anfall blind machenden Zornes, sondern etwa mit bedachter, überlegter, ausgeklügelter, methodischer und raffinierter Grausamkeit vorginge? Gegen ein — Pferd nämlich! Bei Menschen ist das freilich im Dritten Reich etwas weitaus anderes!!! Wer auf die letztere, nicht auf die erstere, nämlich »sinnlose« Weise einen »marxistischen Untermenschen« im Konzentrationslager mit der Peitsche bedenkt, hat des »Führers« vollstes und uneingeschränktes Vertrauen. Er kommt nicht ins Gefängnis, sondern stolz auf der Straße mit blank geputztem Ehrenkollchen. Humanität auch in Hitlerdeutschland in Ehren — nur bis übers Kummel hinaus kommt sie leider nicht. Das ist das überaus Originelle . . .

Ley's Roßtäuscher-Sozialismus

Die Wirklichkeit und die neuen »Betriebsärzte«
»Das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP hat einheitliche Vertragsformulare zur Anstellung von Betriebsärzten durch die Betriebe herausgegeben. Es wird zwischen dem hauptamtlichen und dem nebenamtlichen Einsatz unterschieden. Bei dem hauptamtlichen Einsatz untersteht der Betriebsarzt in den Fragen der Leistungsmöglichkeit des Werkes seinem Betriebsführer, in allen Fragen der Gesundheitsführung dem Hauptamt für Volksgesundheit.«

So zu lesen in der ärztlichen Fachpresse Deutschlands dieser Tage, beispielweise in der »Deutschen Medizin, Wochenschrift«. Mit der Einrichtung der »Betriebsärzte« durch die Leyschen Arbeitsfront ist eine ungeheure Reklame für den angeblich sozialistischen Geist der braunen »Volksgemeinschaft« verbunden gewesen. Aber wie man sieht, besteht auch hier die ganze soziale Errungenschaft aus nicht viel mehr als aus einem irreführendem

Daß die besonders heiße und eifervolle Liebe, die die Häuptlinge des Dritten Reichs angeblich dem Auslandsdeutschtum zuwenden, etwas anderes ist, als reinste Heuchelei, wird längst kein vernünftiger Mensch mehr annehmen dürfen. Die Deutschen in Südtirol, deren kulturelle Eigenheit vom italienischen Faschismus mit Füßen getreten wird, — sie sind dem mit Mussolini verbündeten Führer so gleichgültig wie nur möglich. Und von den Deutschen in Polen darf erst wieder gesprochen werden, seit die Beziehungen zu Warschau eine nicht unmerkliche Abkühlung erfahren haben . . .

Zum berufenen Hüter der Minderheitenrechte wirft das braune Regime sich jedoch gern gegenüber jenen demokratischen Ländern auf, die allen ihren Bürgern — auch den Minderheiten — jedenfalls hundertmal mehr an Recht, Freiheit und Kulturwürde zugestehen, als den geknechteten »Volksgenossen« im Reich zuteil wird.

Wie aber — so muß man immer wieder fragen — wie aber verhalten sich eigentlich die Nazis zu den im Dritten Reich lebenden nationalen Minderheiten? Sehen wir einmal ganz von den Juden ab, die — nachdem man ihnen alle Zugehörigkeit zum Deutschtum aberkannt hat — ja doch auch als nationale Minorität gelten müßten, die jedoch nicht einmal soviel Recht und Schutz genießen, wie das deutsche Tierschutzgesetz den Hunden und Katzen gibt, Hitlers Bubenfreund Streicher fordert kurzerhand ihre Ausrottung . . .

Wie gesagt: wir wollen von den Juden absehen. Wie steht es um die Polen und Wenden, die im Reich leben? »Sie haben genau dieselben Rechte, wie alle Reichsbürger«, sagt Hitler. Und das dürfte wohl auch stimmen, zumindest, solange von politischen Rechten die Rede ist, die tatsächlich allen Teilen der Reichsbevölkerung in gleichem Grade — nämlich überhaupt nicht — gegeben sind. Aber eine Minorität hat auch noch andere Rechte. Das Recht auf eigene Sprache, eigenen Unterricht, eigene Kulturformen. Wer wissen will, wie der Nationalsozialismus über diese Dinge denkt, sobald es sich um die innerdeutsche Praxis handelt, dem kann die im Dritten Reich erscheinende »Zeitschrift für Volkskunde« (Neue Folge, Band 7, Heft 1—2, 1937) hinreichend Aufschluß geben. Es ist da nämlich ein höchst bemerkenswerter Aufsatz des Nazi-

professors Walter Steller zu lesen, betitelt »Ein Beitrag zur Wendenfrage«. Es geht da um jene ca. 120.000 Wenden, die in der Lausitz und im Spreewald leben und daselbst sich ihre alte slawische Volkssprache ebenso wie mancherlei eigene Sitten, Bräuche und Anschauungen erhalten haben. Daß diese Menschen dem deutschen Nazismus völlig fremd gegenüberstehen, ist wohl kein Wunder, da die »Lehre« Hitlers ja immer wieder die Höherwertigkeit der »Germanen« gegenüber allen anderen Rassen und Völkern behauptet und — trotz aller Werbung um Polen — ihren ursprünglichen Antislawismus schwerlich verleugnen kann. Irgend welche antihitlerische Aktivität wird von den Wenden jedoch kaum gezeigt, und erst recht keine Illoyalität gegen das Reich — es sei denn, daß man ihre Liebe zur eigenen Sprache und zu ihrer traditionell gewachsenen Sonderart als »illoyal« bezeichnen wollte. Für Herrn Prof. Steller freilich scheint die bloße Existenz dieser slawischen Volksgemeinschaft schon an und für sich reinster Landesverrat zu sein:

»Die Wende ist heute ein Kampffeld der Politik geworden . . . Der Wende pflegt gern von »seinem« Volkstum zu sprechen und dies dem deutschen gegenüberzustellen . . . Das Ziel ist, die Wende auf der Grundlage ihres angeblich gesonderten Volkstums aus dem Reich zu lösen . . .«

Der Mann, der dies schreibt, befindet sich nicht etwa in Behandlung eines Nervenarztes, sondern auf einem deutschen Universitätslehrstuhl. Wie? Die Wenden wagen es, von ihrem Volkstum zu sprechen? Folglich: planen sie Landesverrat, Sprengung des Reichs, Gründung einer eigenstaatlichen »Wende«! Und im Hintergrund von alledem wühlen natürlich — Herr Steller wagt keinen Augenblick daran zu zweifeln — »Kräfte, die mit Prag in Verbindung stehen«!

Diese Wühler haben überhaupt erst das ganze wendische Volkstum frei erfunden. In Wirklichkeit gibt es sozusagen gar nicht, — behauptet Prof. Steller. Aus purer Verrücktheit wollen die Wenden nicht einsehen, daß sie in Wirklichkeit gar keine Slawen sind, sondern — Germanen, die einstmal »slawisiert« wurden und die nun von Steller und seinen Pgs. mit Gewalt zu einem »artgemäßen Teil deutscher Volkskultur« zurückgenordet werden sollen.

»Durch die Betonung der Sonderart des sogenannten »wendischen« Volkstums sucht man separatistische Ansprüche zu

erheben. Durch solche Machenschaften wird . . . die befriedete Geborgenheit innerhalb der deutschen Reichsgrenzen gestört.«

Sobald ein Volkstum nicht das deutsche, das nazideutsche ist, wird es von Steller und seinesgleichen als ein »sogenanntes« in jene Gänsefüßchen gesetzt, die wir respektlos genug Heber der »befriedeten Geborgenheit« im Dritten Reich vorbehalten wollen.

»Von den Schülern der Wendenfrage werden Eingaben über Eingaben gemacht, die zunächst nur die Anerkennung der »wendischen volkmäßigen« Sonderart verlangen — im Hintergrund dieser Forderungen lauern jedoch die politischen Ansprüche und Folgerungen.«

Aha! Nun wissen wir's. Die Wenden machen also Eingaben und wünschen Anerkennung ihrer volkmäßigen Sonderart. Das ist natürlich — Separatismus! Landesverrat! »Feindvölkische Werbung« nennt die Zeitschrift für Volkskunde es sogar! Und von dem Verlangen der Wenden nach Aufrechterhaltung ihres eigensprachlichen Schulunterrichts will sie natürlich nicht das mindeste hören.

Ja so ist das! Wenn Göbbels außerhalb der Reichsgrenzen Propaganda- und Spionagezentralen anlegt, wenn Auslandsdeutsche systematisch in den Dienst braunimperialistischer Interessen gezogen werden, wenn jeder Versuch zu friedlicher Lösung von Minoritätsfragen durch Hitleragenten zielbewußt hintertrieben, zumindest erschwert wird — — dann haben die betroffenen Länder das ganz in Ordnung zu finden. Sind sie dazu etwa nicht bereit, dann legt die Göbbelapresse los und posaunt Leitartikel in die Welt über gekränktes Minoritätsrecht, geschändetes Deutschtum und dergleichen. Wenn aber die schwache wendische Minorität im Reich Wünsche äußert, deren Erfüllung sich in allen nichtfaschistischen Ländern von selbst versteht, dann wird ihr Ehre und Volkstum abgestritten, Landesverrat vorgeworfen und jede erdenkliche Höllestrafe angedroht.

Mithin: falls der Nationalsozialismus in Fragen der Minoritätenrechte überhaupt so etwas wie eine Ueberzeugung hat, dann hat er zumindest deren zwei! Eine, die dem Ausland rhetorisch aufgetischt wird — und eine andere, die er praktisch zur Anwendung bringt, dahem in der — wie nennt Steller es doch? — in der »befriedeten Geborgenheit« des braunen Zuchthauses. K.

Namen. Denn was eigentlich ein Betriebsarzt soll, der die wesentlichen Fragen seiner Berufung durchaus nicht etwa aus seinem ärztlichem wissenschaftlichen Gewissen entscheiden darf, sondern immer entweder beim Unternehmer selbst, der ihn als seinen kleinen Angestellten mit allen Rechtsfolgen daraus betrachten darf, oder bei der staatlich-parteilich bürokratischen Stelle anfragen muß und auf deren »Bewilligung« in jedem einzel-

nen Falle angewiesen ist, mag der verstehen, den auch sonst — als der Zweck ihrer Übung — die Deutsche Arbeitsfront mit Redensarten besoffen macht!

Das »Erziehungs«-Produkt!

Ein »Waffennarr« bietet sich an.
Folgende Inserat lesen wir in einer reichsdeutschen Fachschrift:
»Soldat, Ende d. J. zwei Jahre gedient,

wünscht an einer Expedition als Waffen- und Pferdepfeger teilzunehmen. Ich bin 22 Jahre alt, 1,76 Meter groß, kräftig gebaut, Strapazen gewöhnt und Waffennarr . . . Zuschr. unter Nr. 3506 an »Wild und Hund«, Berlin SW 11.«

Ohne Zweifel werden Waffennarren bei diesen von den Diktatoren verdienstvoller Weise hervorgerufenen Zuständen allenthalben dringlich gebraucht. Der verrückte junge Mann hat Chancen . . .

Wieso? Wofür? Warum? Ein alter Kämpfer meckert vor sich hin

Seit nunmehr vierinhalb Jahren siegen wir stürmisch draufzu.
Seit nunmehr vierinhalb Jahren hat unsereins Blasen im Schuh.
Jungens, was sind wir schon rungeflitzt!
Jungens, was haben wir Wasser geschwitz!
Haben gebrüllt und jubelt wie dumm.
Wenn ich bloß wüßte — warum?

Seit nunmehr vierinhalb Jahren sind unsere Führer am Ziel, und was sie — im Horch — zuviel fahren, das laufen wir Anders zuviel.
Jungens, wann hört nur das Siegen auf?
Jungens, wir zahlen ja immerzu drauf!
Steuern und Abstammungsnachweisgebühr
Beiträge, Spenden — wofür?

Seit nunmehr vierinhalb Jahren heißt's: »Brütet viel Kinderchen aus!«
Sechs hab ich. Mög Gott sie bewahren, ich selber bin selten zu Haus.
Der Höchststand der Rüstung ist bald erreicht.
Wofür den Kinderchen? — Dafür vielleicht?
Ley sagt, wir wären nun heiter und froh.
Wenn ich bloß wüßte — wieso?

Seit nunmehr vierinhalb Jahren siegt ER darauf los, daß es kracht.
Und wo keine Feinde mehr waren, da hat er sich welche gemacht.
Jungens, ich finde: genug gesiegt!
Statt daß man endlich den Siegerpreis kriegt,
schließt man und rennt man und brüllt man herum.
Wieso? Wofür? Warum? Hugin.

Der wackere Judas

Wer die Bestialität liebt, wird die Sympathie für die Bestie nicht los, und wer den Verrat braucht, darf den Verräter nicht schmähen lassen. Judas Ischarioth — — aber bleiben wir vorerst bei Nero. Wir brachten im April eine Ehrenrettung Neros und stellten dem Leser vor, wie der braune Historiker schreiben müßte, um den unangenehmen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Manche Leser hielten den Schrieb für eine Satire. Wir auch. Aber das war beiderseits ein Irrtum, denn zur selben Zeit erschien im Dritten Reich eine Biographie von Artur Weigall, worin der Bluthund einer Mohrenwäsche unterzogen und erklärt wird: »Da die hervorragendsten Biographen seines Lebens dem Patrizierum angehörten, wurde späteren Generationen ein außerordentlich ungünstiges Charakterbild von ihm überliefert . . .« Denn Nero habe sich öffentlich als Künstler betätigt und damit die Tradition der römischen Konservativen »in den Kot getreten . . .« In Wahrheit jedoch sei Nero kein übler Mann gewesen.

Und was wird mit den anderen großen Lumpen und Amoralikern der Weltgeschichte? Wie lange noch will man sich den Judas vorwerfen lassen? Wir aber sagen euch, der braune Schmierant sitzt schon drüber und die Ehrenrettung des elendsten aller Verräter wird nicht länger auf sich warten lassen. Nachatehend ahnen wir sie vor, gekürzt, auf Rosenbergs Mythos gestützt und lediglich im Stil nicht völlig braunfarben.

Wie Nero, so gehört auch Judas Ischarioth zu jenen Männern großer völkischer

Umbrüche, deren Bild uns von einer jüdisch-liberalistischen Geschichtsschreibung entstellt und falsch ausgerichtet überliefert wurde. Was werfen ihm diese feilen plattfüßigen Gerüchtmacher vor? Er soll den angeblichen Sohn Gottes bespitzeln und letzten Endes der römischen Gestapo ausgeliefert haben. Was jedoch heißt im Jargon der Rassenfremden Verrat, was Spitzeln? Geben wir den Motiven nach und richten wir das Bild unserer Rassenforschung gemäß aus, so stoßen wir auf eine Sinnesart, die im angeblichen Gottessohn einen jüdischen Schädling sehen mußte, welcher Volks- und Hochverrat beging und auch den jungen, unerfahrenen Judas dazu anzustiften suchte. Mehr, Jesus mußte dieser, wie wir bald sehen werden, germanischen Sinnesart als Staatsfeind erscheinen, der die alte christliche heidnische Götterwelt zerstörte und das Volk mit artfremden Ideen verseuchte und entvölkte. Diese Sinnesart Ischarioths ahnte damals schon, was die labbrige Religion der sogenannten Menschenliebe für die Germanen bedeuten und wie sie damit zu kauen haben würden, bis die Rettung durchs Hakenkreuz kommen würde.

Deutsch sein heißt aufrichtig sein, wenn es auch schwer fällt, weshalb auch Judasens Fehler nicht verschwiegen werden sollen. Schlimm, daß er sich nicht zur kompletten Kameradenferne aufraffen und sich nicht überwinden konnte, mit dem Hauptschädling sämtliche Jünger auszurotten, welche die unvölkischen, labbrigen Lehren in die Emigration verschleppten, wodurch sie an die Germanen gerieten, die damals noch ein durchaus arteiliges religiöses Brauchtum bekulteten. Nur ein dreißigster Junid hätte sie retten können:

alles weg, was um Jesus herum stand! Warum scheute Judas davor zurück?

Mit dieser Frage stoßen wir direkt auf seine Erbmasse. Professor Günther ist zu dem Schluß gelangt, daß Judas väterlicherseits von einem germanischen Legionär abstammte; nur so ist sein entschlossenes Frontmachen gegen den artfremden Staatsfeind zu erklären. Daß er nicht ganze Reinigung machte, wäre durch das Blut seiner Mutter, jener jüdischen Circe, die den germanischen Vater schnöden Soldes halber becircte, zu erklären. Dieses muß der Mischling wohl erkannt haben, sein germanisches Blut bäumte sich gegen das feile jüdische auf und darum endete er im Selbstmord, so noch im Tode den reinblütigen Vater an der wollüstigen Rebekka rächend.

Heute wirft man ihm die lumpigen dreißig Silberlinge sowohl vor wie nach. Bei Wotan, die Auslieferung war eine Messe wert, und er hätte richtiger getan, das Fünffüßfache zu fordern, um eine SA gegen die volksvergiftende staatsfeindliche Lehre zu gründen. Die Gelder der römischen Patrizier, Kapitalisten und Latifundienbesitzer wären ihm erfahrungsgemäß nur so zugeflossen. Denn — und damit kommen wir zum springenden Punkte — die christliche Lehre war marxistisch-kommunistisch. Sie predigte: Wenn du zwei Hemden hast, so gib eins dem, der keins hat. Oder: Eher gebt ein Kamel durchs Nadelöhr, als ein Reicher ins Himmelreich . . . So wurde der Klassenkampf gepredigt und die auf althergebrachter Sklaverei beruhende harmonische Volksgemeinschaft zerrißen, woran ja die Römer auch prompt zugrunde gegangen sind.

„Umvolkung“

Im Rahmen des Tausendjahrplans ist eine Ersatzgelehrsamkeit geschaffen worden. Woraus? Aus Holz? Nein, aus der Sprache. Diese deutschen Professoren haben bei den Höchsten der Nation gelernt, daß die Häufung von Synonymen und der Gebrauch einer parabolischen Redeweise interessant machen. Wenn man das noch mit schlechten Verdeutschungen wohlbekannter Fremdwörter und unmöglichen syntaktischen Kunststücken mischt, dann trägt man den Marschallstab der Weisheit in der Aktentasche und kann einen Artikel in der Sonntagsausgabe der »Münchner Neuesten Nachrichten« setzen wie der Dozent Dr. H. J. Beyer:

»Wissen wir etwas von der Umvolkung?«

Wir können verraten, daß Herr Professor auch nichts davon weiß. Es gab zu seiner Zeit noch Kollegs, in denen er von der Völkerwanderung bis zur russischen Revolution alles wirklich Wissenswerte über das, wovon er sprechen möchte, hätte lernen können. Aber freilich, mit einem Kolleg und einem Wissensgebiet wäre es nicht getan gewesen. Soziologie, Geschichte, er hätte sich gründlich vorzubilden können und sollen. Hätte er es getan, würde er nicht erzählen, daß es schon 1830 in Ungarn eine von Juden redigierte deutsche Presse gegeben hätte, und daß die Bevölkerung Budapest heute zu 2/4 aus Deutschen und Slawen, zu einem weiteren Viertel aus Juden und nur zum letzten Viertel aus Magyaren besteht. Beyer wirft mit Begriffen nach dem Publikum wie: »Grundvorgänge des Volkstumskampfes«, »Volkkörper des deutschen Kernraums«, »Spannungsverhältnis zwischen Leistungsmöglichkeit und Leistungsraum«. Bei ihm werden gewöhnliche Grenzgebiete zu »Berührungszonen der Völker«. Und das gute deutsche Vorbild finden wir als »Richtbild« wieder.

Das möchte man ihm alles noch verzeihen, wenn er wenigstens deutsche Sätze schreiben könnte. Aber, wie er sein Volk belehrt, das sieht etwa so aus:

»So scheidet heute die Laufbahn des Elementen oder des Offiziers in den meisten Staaten für Deutsche aus, das heißt die für diese, unserem Volke sehr liegenden Berufe vorhandenen Leistungskapazitäten müssen umgeleitet werden.«

Was »Umvolkung« ist, wer kann es wissen. Wenn es aber das sein sollte, was Beyer sagt:

»Zumeist handelt es sich bei der Umvolkung jedoch darum, daß das fremde Volk seine eigene rassische Qualität verbessern will und die Begabten an sich zieht, dann, ja dann hat der Dozent Beyer eigentlich keine Aussicht, von fremden Völkern an sich gezogen zu werden, es sei denn, daß er sich, wie die Lanzer sagten, schon vorher gründlich — umvolken läßt.

»Die Erfassung des bäuerlichen Menschen«

Der Reichsrundfunkintendant Pg. Glasmeier hat Ostpreußen besucht und bei dieser Gelegenheit dem Schriftleiter der »Preussischen Zeitung« ein Interview gewährt. In Nr. 219 dieses Blattes liest man darüber:

»Natürlich sei ihm bekannt, sagte Dr.

„Hier schlief der Führer!“

Weimar bekommt ein Hitlerdenkmal — Luxushotel als Weihestätte

In Weimar folgte der Deutsche einst ehrfürchtig den Spuren, die Goethes Erdengang dort hinterlassen. Hatte geschäftliche Fremdenwerbung — den Genius zum Plakat nutzend — diese Spuren auch oft verwischt und profaniert, sie blieben dennoch sichtbar und gaben Zeugnis von deutschem Geist. Dieser Geist —, er wird heute allen, die ihn nicht freiwillig aufgegeben haben, mit Streichers Reitpelze ausgehoben. Und Weimar ist ernstlich daran, von den Barbaren zur — Hitlerstadt ernannt zu werden.

Im kommenden Frühjahr soll daselbst so etwas wie ein Denkmal des Führers eingeweiht werden. Dem Zug einer Bewegung folgend, die es seit je verstand, das Dekorative mit dem Eigennützligen sinnreich zu verbinden, wird das Führerdenkmal zu Weimar nicht die Form einer Marmorstatue, sondern die eines — Luxushotels annehmen, das von der Nazi-Partei selbst geschäftstätig betrieben werden soll. Ein Hotel als Denkmal, als Nationalheiligtum! Man muß zugeben, den Nazis fällt doch immer mal wieder etwas Neues und Profitables ein!...

Die Sache ist nämlich die: In der legendenumwobenen Frühzeit des Nazismus war Weimar — nicht Nürnberg — die Stadt, in der die braunen Landsknechte sich am Parteitag ihrem Führer zur Schau stellten. Aus diesem und andern Anlässen hielt Adolf Hitler sich mehrfach in Weimar auf. Oder vielmehr: er tat das nicht. Der Führer hält sich nämlich niemals auf, sondern er »weilt«. Hitler »weilt« also öfters in Weimar. Und pflegte bei der Gelegenheit im Hotel Elefant zu wohnen. Das aber ist eine Geschichte, die der »Völkische Beobachter« viel besser und angemessener erzählen kann als wir. Der macht das nämlich so:

»Der Führer wohnt in Weimar regelmäßig im Hotel Elefant, einem Haus, das auf eine Tradition von über 400 Jahren zurückblickt. Wenn wir hier von Tradition sprechen, und dabei einmal an die Bewe-

gung des Gaus und an den Führer denken, so steht uns die Tradition des Hakenkreuzes höher, die mit dem Namen dieses Hauses verknüpft ist. Hier wurde so manche bedeutsame Entscheidung gefällt, hier tagte der Führer so oft mit seinen Getreuen, hier ruhte er so manchenmal nach Stunden schwerster Arbeit und Entschlüsse. Die Bewegung hat daher nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung, dieses Haus und den Platz, auf dem es steht, für sich in Anspruch zu nehmen...«

...und das Ganze als Weihestätte, als Weihestätte zu betreiben! Es scheint danach fast so, als habe der Besitzer Haus und Grundstück nicht ganz freiwillig an die Braunen herausdrücken wollen und als hätten diese erst mit dem Ehrendolch rasein und auf ihre wohlverworbenen Rechte, nein Pflichten, pochen müssen. Was sicher dazu angetan war, den Kaufpreis erheblich zu senken...

Fest steht: die Nazihäuptlinge haben sich nunmehr zu Herren, zu »Schirmherren« des von Hitlers diversen Logierbesuchen ausgiebig geheiligten »Elefanten« gemacht und sie sind bereits dabei, das Haus niederzureißen und auf geweihtem Boden einen neuen Luxuspalast auf Kosten des deutschen Volkes zu errichten — »wie die Pflicht es befahl!« Mit andern Worten, — denen des »Völkischen Beobachters«:

»Gauleiter Sauckel hat den Plan verkündet, in Weimar ein neues, großartiges und vorbildliches Hotel zu schaffen... Unter der Schirmherrschaft des Gauleiters wird hier ein Werk entstehen, auf das Weimar und der Gau Thüringen stolz sein werden!«

Die Zimmerpreise werden dem angepaßt sein. Denn wer sich's nicht extra was kosten lassen wollte, gleichsam mit dem Geist des Führers unter einem Dach zu wohnen, der paßt nicht in unsere große Zeit, sondern allenfalls ins Konzentrationslager. Solange der reich bemessene Raumvorrat im künftigen »Elefanten« reicht, wird natürlich kein

zahlungsfähiger Gast es riskieren, etwa einem anderen Nachtquartier den staatsfeindlichen Vorzug zu geben. Das ist den Hotelwirten zu Weimar schon jetzt hinreichend klar und sie sind zweifellos riesig erbaudt davon, den Gauleiter und Elefanten-Schirmherrn Sauckel zum vorgesetzten Konkurrenten zu haben...

Diejenigen aber, die sich's nicht leisten können, an heiliger Stätte zu übernachten, sie werden wenigstens den letzten Groschen opfern müssen, um gegen mäßiges Entree die »Räume des Führers« zu begucken, die man im »Elefanten« zur Schau und unter Denkmalschutz stellen wird. Ganze Scharen deutscher Arbeiter werden vom Ley an diesen Wallfahrtsort getrieben werden, auf daß sie begreifen, daß Weimar neben dem Goethehaus und der Fürstengruft auch Dinge zu zeigen hat, die wirklich des Sehens wert sind!

Was aber schließlich bei alledem die Hauptsache ist:

»Der Führer gab freudig seine Zustimmung zu dem Neubauplan!«

Dieser Große ist bekanntlich ein schlichtes einfaches Gemüt. Ehrungen sind ihm zuwider. Er pflegt vor ihnen in die Berge zu entfliehen, wo er als bayrischer Sepp (mit kugelsicherem Panzerhemd) verkleidet, blondlockigen Kindern treu und schlicht in die Blauaugen schaut und dabei von der Kamera neckisch überrascht wird. Es wäre doch leicht möglich gewesen, daß dieser Ueberbescheidene dem Sauckel einen Strich durch die Hotelrechnung gemacht hätte. Er tat es nicht. Er gab freudig seine Zustimmung und hat die Baupläne bereits sachverständig bejagt und gutgeheißen...

Im nächsten März wird der abgerissene »Elefant« neu als Hitlerdenkmal dastehen und die Einweihungsfeiern mit Fahnen und Reden werden die neudeutsche Tollhauschronik um ein weiteres leuchtendes Ruhmesblatt bereichern. K. K.

Glasmeier, daß manche Hörer unzufrieden mit dem Programm seien; gewiß könne man es auch nicht allen Menschen recht machen. Was aber vom Hörer verlangt werden müsse, sei mehr Selbsterziehung! »Weniger Rundfunk hören, aber mit mehr Verstand!...«

Zumal die Programmgestaltung in Zukunft noch mehr auf die Erfassung des bäuerlichen Menschen, der Landbewohner abgestellt sein werde, um sie an dem gesamten Kulturleben der Nation teilnehmen zu lassen.

Und wer »mit Verstand hört«, der weiß, was das zu bedeuten hat. Der deutsche Rundfunk zeigt wie ein Laubfrosch das Wetter an. Wenn er z. B. ganz unten sitzt — auf der Sprosse »Arbeiter und Gefolgschaftsmitglieder« — dann herrscht in dieser Zone besonderer Tiefdruck. Augenblicklich gewittert es in beunruhigender Weise bei den Bauern — und schon quakt der glatthäutige Prophet

in dieser Richtung. Freilich wird eine Behebung der unsicheren Wetterlage gerade in jener Gegend schwierig sein. Die Darréschen Zwangsmaßnahmen sprechen lauter als der lauteste Lautsprecher — und man kann den Rundfunk auf dem Lande viel unbemerkter ab- oder auf einen ausländischen Sender umstellen.

Das letzte Aufgebot

Im gegenwärtigen Stadium des Vorkriegs kommt es den deutschen Herrschern sehr darauf an, alle im Notfalle immerhin noch zu verwendenden Arbeitskräfte mobil zu halten. Deshalb hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Erlaß an die Arbeitsämter herausgegeben, in dem es heißt:

»Änderungen des Personenkreises der Krisenunterstützung, durch die arbeitsfähige Personen in die Wohlfahrtspflege der Ge-

meinden überführt werden, sind zu unterlassen.«

Nur wer »wirklich nicht mehr unterzubringen ist«, soll aus der Listen der Reichsanstalt gestrichen, das heißt aus den Reihen der künftigen Heimsoldaten ausgeschieden werden. Wer sich als »wirklich arbeitsunfähig« betrachten darf, das läßt der Präsident in seinem Erlaß nur ahnen. Immerhin wird als Beispiel angeführt, »daß die Ueberschreitung des 65. Lebensjahres sowie Erblindung allein noch nicht ohne weiteres den Tatbestand der Arbeitsunfähigkeit erfüllen«. — Da alle Arbeit im Dritten Reich Zwangsarbeit ist, kann man sich vorstellen, was im Ernstfall einem blinden und vielleicht noch einarmigen Greis bevorsteht. — Indes soll der Tod zunächst noch als ausreichende Entschuldigung gelten.

Fassen wir zusammen: Judas wollte die Welt von einer bolschewistischen Lehre befreien. Er scheiterte an seiner durch die Rassenkunde seines Vaters zerrissenen Seele und trachtete, die Schmach germanisch-herosisch durch Selbstvernichtung und Freitod auszulöschen, was ihm damit teilweise glückte. Jedoch er hätte bei anderen Voraussetzungen mütterlicherseits — und er ist damit ein antiker Beweis, wie Rassenkunde den Nachkommen zum Verhängnis und Hemmnis werden muß — Führer werden können, hätte das römische Parlament abbrennen, sich zum Diktator des römischen Staats aufschwingen und der Weltgeschichte eine völlig andere Marschrichtung und Ausrichtung geben können. Die verjudete christliche Kirche wäre uns damit erspart geblieben und die ehrlichen artemiden Götter von ehemals regierten heute noch und ihr Weistum erhellte die entartete Welt. In Rußland gäbe es keinen Bolschewismus und in Spanien schon deshalb keine brennende Klöster und Kirchen, weil es weder Bolschewismus, noch Klöster, Kirchen gäbe, mithin keinen spanischen Bürgerkrieg.

So steht Judas vor uns als einer der ersten Vorkämpfer gegen den Bolschewismus, in dessen Seele bestes Germanentum gegen jüdische Tücke siegreich mit tödlichem Ausgang kämpfte. Ein gewisses Untermenschentum hat sein kämpferisches Bild mit krummsäugiger Last gefälscht, und es wird darum hohe Zeit, daß wir es reinigen, erneuern und dorthin stellen, wohin es seit dem 5. März gehört: in das Pantheon des Hakenkreuzes. Wer von uns nach dem Schicksalspruch der Nornen kein Siegfried sein kann, der sollte mindestens ein Judas sein. Wer in sich staatsfeindliche

liberalistisch-marxistische Regungen spürt, der soll durch arteigene Reinigung und innere Neuaufrichtung anstreben, daß er meckernde Freunde der Gestapo ausliefert. Wenn Judas auch den römischen Staat nicht retten konnte, so kann er nichtsdetrotz dem Dritten Reiche unschätzbare Dienste leisten. Darum Judas vor! B. Br.

Ueber eine halbe Million

Oder: Die entarteten Massen

Die Ausstellung der entarteten Kunst feierte am 12. August ein Jubiläum: Der fünfhunderttausendste Besucher wurde gezählt. Die »Münchner Neuesten Nachrichten« schreiben:

»Täglich wiederholt sich dasselbe Schauspiel, daß Hunderte schon in der Frühe vor Eröffnung der Ausstellung auf Einlaß warten. Den ganzen Tag über herrscht in den Räumen der Ausstellung Hochbetrieb. Besonders zahlreich sind jetzt in der Zeit der Haupt-Fremdenverkehrssaison in München die ausländischen Besucher der Ausstellung.«

Warum dieser Andrang? Weil die Massen protestieren wollen — gegen Chorinth, Liebermann, Feininger. Das ist die neue Parole, mit der Göbbels dem Führer über die Weltblamage hinweg zu helfen trachtet; man konnte die neue Parole schlagartig an einem Tage in allen diesen Blättern lesen. Zitieren wie die »Köln. Volkszeitung« vom 13. August:

»Für diese infantilen Machwerke, für diese gespensterhaften Fratzen und ekel-erregenden Darstellungen sind Millio-

nenbeträge deutschen Volksvermögens verschleudert worden. Dieser so zahlreiche Besuch — täglich mehr als 20.000 Besucher! — ist ein flammender Protest gegen die Unkunst und Unkultur einer chaotischen Epoche, die das Niedrige und Gemeine, das Häßliche und Perverse als Kunst, als deutsche Kunst dem deutschen Volke vorzusetzen wagte.«

Millionenbeträge? Gehts nicht noch dümmmer? Die K. V. weiß genau, daß die Millionenbeträge nur mit den Inflationsziffern zustande kommen. Das Ausland jedoch ist bereit, für die Entarteten jetzt wirkliche Millionenbeträge in Goldmark zu zahlen. Also bitte, ein Geschäft, ein Fischzug winkt, warum so spröde? Zeigt dem entarteten Volk, wie entartet das Ausland ist. Denn:

»Man muß einmal durch die Ausstellung gehen und die Hunderttausende hören, ihre Ausrufe des Entsetzens und des Schreckens, aber auch ihre Ausrufe der Verwunderung, daß das überhaupt möglich gewesen ist, daß Nichtskönner und krankhafte Phantasten in der deutschen Kunst führend waren...«

Jawohl, ganze Sprechchöre treten auf. Die »M. N. N.« haben denselben Eindruck, alle haben sie plötzlich an einunddemselben Tage ganz unabhängig von einander dasselbe Gefühl. Die »M. N. N.« versichern eindringlich:

»Wer etwa daran Zweifel hegt, wie ablehnend sich die Massen von Besuchern dieser sogenannten »Kunst« gegenüber verhalten, der möge sich einmal die Mühe nehmen, einige Zeit in der Ausstellung zu verweilen und sich die Urteile, die dort laut und offen ausgesprochen werden, zu notieren.«

Was sollte er wohl sonst notieren? Nein, mehr Witz als sie haben, kann ihnen der Propagandi wirklich nicht geben! Es sollte mal ein deutscher Untertan ein lautes Lob der Entarteten wagen — er flöge wegen Beleidigung des Führers in den Kerker. Wenn man Göbbels neue Weisung an einem Tage erschlagen wollte: gründlicher als diese Blätter könnte es niemand besorgen.

Aus Schilda

Die biedere Stadt Tapiau in Ostpreußen führt seit Urväter Tagen eine goldene Sonne im Wappen und einen »aus Wolken hervorbrechenden Schwertarm«, wie die Chronik es nennt. Eines Morgens Anno 1937 schraken die nationalsozialistischen Stadtväter plötzlich auf: »Herr, wir schämen uns, der Arm ist nackt. Und die Sonne ist eine Jehova-Sonne mit hebräischen Zeichen!« Das entartete Wappen wurde in Schutzhaft genommen, und als die Tapiauer es wieder in Empfang nehmen durften, hatte es sich recht sehr verändert. Die Sonne war ihrer »jüdenchristlichen Inschrift« beraubt, und der Arm — der Arm war nicht mehr nackt, sondern geharnischt. »Zur Erinnerung an die wieder erstandene Wehrfreiheit«. Seitdem streiten sich die Tapiauer, ob man das Ahnenerbe nun eigentlich heilig halten solle oder nicht und ob man daran — sei es Wappen oder Stammbaum — herumradieren dürfe.

Nächstens: der gelbe Fleck

Zwei deutsche Amtsgerichte haben wieder einmal nicht funktioniert. Das »deutsche Volksempfinden« in Gestalt der Streicherpresse verlangt gegenwärtig stürmisch nach einer Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte, nach dem gelben Fleck. Die schämigen deutschen Gesetzgeber lassen sich zu Maßnahmen solcher Art gern ein wenig nötigen, sie weisen das Ausland gern auf das Rad der Geschichte, das ihrem Beschluß ohnehin vorausgerollt sei. Wir erinnern an die Ständebeschwerden, die einige Zeit vor Erlaß der Nürnberger Gesetze jede Registrierung von Mischehen verweigerten. Die beiden Amtsrichter hätten also wissen müssen, was man von ihnen erwartete. Sie sollten darüber entscheiden, ob ein Kauf im jüdischen Geschäft anfechtungsfähig sei, wenn der Käufer sich über die Rassezugehörigkeit des Verkäufers nicht im klaren war. Beide Richter verneinten die Anfechtungsfähigkeit, »da es sich um kleine Geschäfte des täglichen Lebens gehandelt habe und zum anderen die Käufer bei einigermaßen umsichtigem Verhalten sich die Unannehmlichkeiten selbst ersparen konnten.«

Mit dieser Entscheidung haben sich die zwei Amtsrichter gegen die Obrigkeit aufgelehnt. Die Obrigkeit ist nämlich der Meinung, daß gerade die Anfechtungsmöglichkeit

eine Handhabe biete, die Anbringung des gelben Flecks »im Interesse der Juden selbst« zu verfügen. Wenn jeder eine im jüdischen Geschäft gekaufte, inzwischen völlig zerbeulte Käseprobe mit der Ausrede zurückbringen darf, er habe den Namen Hirschsohn für arisch gehalten — dann können die Juden gleich ihren Laden zumachen. Also lieber gelber Fleck! Die »Deutsche Justiz« erteilt den beiden unbotmäßigen Amtsrichtern eine gehörige Rüge. Natürlich sei der Kauf beim Juden anfechtbar. Kammergerichtsrat Friedrich vom Reichsjustizministerium schreibt:

»Wenn unsere Gesetze den Juden gestatten, in Deutschland Handel zu treiben, so sei das geschehen, weil es galt, ein Erbe der Vergangenheit so reibungslos wie möglich zu liquidieren. Damit habe man den Juden aber keineswegs eine unbeschränkte Freiheit eingeräumt, vielmehr sei zu berücksichtigen, daß wir das deutsche Volk für alle Zeiten davor bewahren wollen, sich noch einmal so unter jüdischen Einfluß zu begeben, wie es in der Vergangenheit der Fall war.«

Vor dem Ausland heißt es: »Die Juden dürfen in Deutschland ungestört Handel treiben.« Im Inland heißt es: »Liquidieren!« Man ist an freie Uebersetzungen solcher Art bereits gewöhnt. Weil die deutsche Volkseele vor Empörung überkocht (Auslandsdeutsch), weil zuviel artvergeessene Volkge-

nossen mit den Juden sympathisieren (Inlandsdeutsch) werden die jüdischen Geschäfte nächstens mit einer weithin sichtbaren Kennzeichnung versehen werden. — Deutsch sein heißt grad sein.

Komm den Fremden zart entgegen!

Der Reichsinnenminister betont in einem Erlaß, daß der deutsche Beamte zur Höflichkeit verpflichtet sei. Mit dem Amt eines »Fürsorgers und Beraters« sei »jede unsachliche Sprache und Schroffheit und jede Unhöflichkeit im schriftlichen und mündlichen Verkehr mit den Volksgenossen unvereinbar. Merkwürdig! Ein kleiner Teil des Volkes muß doch brüllen und ein größerer zittern, wenn das heilige Reich zusammenhalten soll? Nun, es findet sich in dem zitierten Erlaß ein Satz, der alles aufklärt:

»Ein solches Verhalten wäre geeignet, das Vertrauen zum nationalsozialistischen Staat zu erschüttern und könnte, werde es Ausländern gegenüber geübt, bei ihnen vom Dritten Reich falsche Vorstellungen erwecken und damit dem deutschen Volke schaden.«

Die Beschwerden haben sich nämlich gehäuft. Wenn man freilich jeden Ausländer zwingen könnte, ein Nummernschild mit der Landesbezeichnung vor dem Bauch zu tragen, dann hätte sich der ganze Erlaß mitsamt seinen volkgenössischen Floskeln erübrigt.

Schaumwein-Gemeinschaft

Von 2.50 bis 3 Mark aufwärts

Zweifelsohne, in Deutschland marschiert der Sozialismus, jetzt ist er schon beim Schaumwein angekommen. Das »Schwarze Korps« hetzt eine ganze Seite Reklama daran. Auf Bildern sieht man einfach gekleidete, niedliche Frauen aus dem Volke, die ihren Schaumwein in der Markttasche nach Hause tragen. Text dazu: »Was — guter Schaumwein ist so billig? Da kann sich ja wirklich jeder Mann eine Flasche leisten!« Bei Wotan, jedermann. Man kann ja die Flasche »schon von 2.50 bzw. 3 Mark an in jedem Laden kaufen...« Wer kann da noch widerstehen? Was soll der einfache Volksgenosse mit dem Lohn anfangen, den ihm die Steuer, die DAF, die Winterhilfe, die Luftschutzspende, die SA-Sammelei etc. übrig lassen? Billige Butter, billiges Fleisch gibts nicht mehr, also tröstet euch mit Schaumwein:

»Denn es ist rechter und echter deutscher Wein, der da im Glase funkelt und perlt — auf deutscher Erde gewachsen, und vielen tausenden fleißigen, deutschen Händen zu einer Vollkommenheit ganz besonderer Art empor gepflegt. Oder wer wollte etwa dem frohen Schaumwein-Trinker »Luxus« und Wohlleben vorwerfen?«

Anschließend folgt ein Wettbewerb für Fotos. »Es geht um das schönste, froheste und überzeugendste Liebhaberfoto, das Menschen allein oder in fröhlicher Runde beim Schaumwein zeigt...« Darum auf, deutsche Jugend! Stellt die Schaumwein-Gruppen der deutschen Volksgemeinschaft! Der neue Sozialismus marschiert unaufhaltsam! Das immer wachsame SS-Organ hat zwar schon einmal — goldenes Herz in rauher Schale — die Verknüpfung von Alkoholkonsum und Patriotismus gerügt, aber hier geht es um eigene Reklameseiten, ganze Seiten! Man darf edle Prinzipien verkünden, aber man soll sie nicht übertreiben, sonst kommt man in den leidigen Ruf der Unbestechlichkeit — und hat dann im Inseratenteil, das Nachsehen.

Volkswirtschaft —

rein gefühlsmäßig

Auf einer von der Arbeitsfront veranstalteten »fachkundlichen Studienwoche für Textilkaufläute« in Kahlberg sagte der ostpreussische Gauobmann Magunia (lt. Bericht der »Preussischen Zeitung« Nr. 222):

»Der Glaube von Millionen Deutscher an den Führer und an die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit durch den Nationalsozialismus hat mit wirtschaftlichen Ueberlegungen nichts zu tun. Das kommt uns auch so vor.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSF Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60). Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50). Bulgarien Lew 8.— (96.—). Danzig Guld. 0.45 (5.40). Deutschland Mk. 0.25 (3.—). Estland E. Kr. 0.22 (2.64). Finnland Fmk. 4.— (48.—). Frankreich Frs. 1.50 (18.—). Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—). Holland Gld. 0.15 (1.80). Italien Lit. 1.10 (13.20). Jugoslawien Din. 4.50 (54.—). Lettland Lat. 0.30 (3.60). Litauen Lit. 0.55 (6.60). Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50). Norwegen Kr. 0.35 (4.20). Oesterreich Sch. 0.40 (4.80). Palästina P. Pf. 0.020 (0.216). Polen Zloty 0.50 (6.—). Portugal Esc. 2.— (24.—). Rumänien Lei 10.— (120.—). Schweden Kr. 0.35 (4.20). Schweiz Frs. 0.30 (3.60). Spanien Pes. 0.70 (8.40). Ungarn Pengö 0.35 (4.20). USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Erholung

Die ostpreussische Nazipresse brachte am selben Tag — 14. August — zwei Meldungen, die sich beide auf die sogenannte Volkswohlfahrt beziehen und deshalb zum Vergleich herausfordern. Die erste Meldung lautet:

»Mit dem Dampfer »Kaiser« des Seesdienstes Ostpreußen trafen in Pillau mehrere verdiente Partei- und Volksgenossen ein, die im Rahmen der »Adolf-Hitler-Freiplatz-Spende« als Gäste des Hauptamtes der NS-Wohlfahrt in unserer Heimatprovinz zwei Wochen der Erholung verbringen werden. Aus den verschiedensten Gauen waren sie zusammengelassen, aus dem Norden, Süden und Westen unseres Vaterlandes. Den größten Teil ihres Urlaubes werden sie in der herrlich gelegenen Waldhaus Sybba verbringen, um von dort aus größere und kleinere Ausflüge zu machen, bei denen sich ihnen die herbe und eigenartige Schönheit unserer Heimatprovinz erschließen wird.«

Für die »Adolf-Hitler-Freiplatz-Spende« wird in allen Betrieben und Häusern, bei allen Versammlungen und Aufmärschen geschnorrt. Die Nutznießer der — wie üblich freiwilligen — Spende sind durchwegs alte Kämpfer, manche davon in recht auskömmlicher Position. — Die zweite Meldung:

Pillupönen. Eine vorbildliche Tat verbringen in Urlaub befindliche Bergleute aus Süddeutschland, die, anstatt sich der Erholung zu widmen, bei der Einbringung der Ernte behilflich sind.

Auch freiwillig versteht sich. Bergleute aus härtester Fron zu neuer Fron zu »beurlauben«, Bergleuten die kargen Stunden in Sonne und Luft zu stehlen, Bergleuten daran hindern, wenigstens übertag den Rücken gerade zu biegen — das ist eine schamlose Gemeinheit. Die um ihren Urlaub geprellten Männer haben natürlich zu jener »Freiplatzspende« beisteuern müssen, mit deren Hilfe ein paar Kilometer weiter die »verdienten Parteigenossen« sich amüsieren.

Es geht auch ohne Katholiken

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz verbreitet folgenden Orakelspruch:

»An dem Beispiel der Vorgänge in einer deutschen Mittelstadt wird in der »Deutschen Justiz« die Notwendigkeit bestätigt, daß alle Kräfte für die sittliche Reinerhaltung zusammengefaßt werden. Das Jugendschöffengericht jener Stadt hatte sich mit sexuellen Verirrungen zweier Schüler in einem Internat zu befassen. Der Jugendrichter hat darüber hinaus den Fall zum Anlaß genommen, einen größeren Kreis zur Erziehung Berufener, Schulleiter, Leiter der Jugendämter, den Jugendstaatsanwalt, Bannführer und Bannarzt der HJ, Vertreter des Gesundheitsamtes, des Rassenpolitischen Amtes und der Polizei, zusammenzurufen, und an Hand des abgetheilten Falles das Grundsätzliche der Angelegenheit zu erörtern.«

Es gibt doch nichts Diskreteres als die braune Presse — sofern es sich um ein nationalsozialistisches und nicht etwa um ein katholisches Internat handelt! Die Sache muß arg gewesen sein, wenn sie derart feierlich aufgelesen wurde. Der Jugendrichter hatte es natürlich nur mit den Schülern zu tun — die erwachsenen Tugend-

wächter, die in den Fall verwickelt waren, dürften unter Ausschluß der Öffentlichkeit zurechtgewiesen worden sein. Wer aber zwingt die Nazipresse den ganzen Fall überhaupt zu erwähnen, anstatt ihn einfach totzuschweigen? Die Empörung zwingt sie dazu, die immer weiter um sich greift. Die moralische Verwilderung in der Hitlerjugend läßt sich vor Eltern und Lehrern längst nicht mehr verheimlichen. Und ein neuer Erlaß des Reichsjugendführers beweist, daß auch der BdM seinen schlechten Ruf zu Recht genießt. Baldur von Schirach hat nämlich verfügt, daß Mädchen in Zukunft nicht mehr in Zeitlagern untergebracht werden dürfen. Bis Mitte Juli hat es ungefähr 452 BdM-Zeitlager mit etwa 100.000 Insassen gegeben. Der Erlaß bedeutet also eine auffallend plötzliche Schwankung. Die Eingeweihten glauben allerdings nicht daran, daß die Mädchen in den braunen Jugendherbergen, die ihnen weiter offen stehen, weniger verdorben werden.

Der wortreiche Leerlauf

Das Arbeitegericht in Kolberg (Pommern) hat in einer Entscheidung ausgesprochen, daß »Vertrauensmänner nicht im Namen der Belegschaft Beschlüsse zu fassen haben, ihre Aufgabe sei es vielmehr, den Betriebsführer zu beraten. Entscheidungen habe dagegen allein der Betriebsführer in eigener Verantwortung zu treffen.«

Das Amt für Rechtsberatungenstellen im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront lobt diese Entscheidung und fügt — in einer Presseäußerung — bedauernd hinzu:

»Trotz aller Aufklärungsarbeit der zuständigen Stellen kann man im Arbeitsleben immer wieder Maßnahmen beobachten und Anschauungen antreffen, die einer völ-

Hü und Hott!

Wie verhält man sich?

»Instinkt muß man haben!« schreibt das Zentralorgan des NSD-Studentenbundes »Die Bewegung«:

»Es ist wirklich nicht notwendig, daß jede Maßnahme der Regierung mit einem ellenlangen Kommentar versehen wird. Die Regierung handelt. Es ist nun jedes einzelnen Pflicht als politisch denkender Mensch — und das muß jeder Deutsche heute sein — sich in dieses Handeln zu vertiefen, und sich die Mühe zu geben, es auch zu begreifen.«

Und wenn man es beim besten Willen nicht begreift? Weil es zum Beispiel unbegreiflich ist? Dann läßt man sich vielleicht dazu hinreißen, Zweifel zu äußern. Wer das tut, ist ein »Mäklere«. Früher mußte man »meckern« oder »miesmachen«, um als Staatsfeind zu gelten, jetzt genügt schon das »Mäkeln«. Der »Fridericus« schreibt zum Thema:

»Diese Mäkelsucht muß ausgerottet werden im deutschen Volke. Und daran kann jeder mitarbeiten. Fragt die, die immer alles besser wissen, die alles durch ihr »Ja, aber« zu verkleinern suchen, auf den Kopf, was für Beweise und was für Gründe sie für ihre Haltung

haben. Und können sie euch nicht so antworten, wie ihr es nach der Ueberheblichkeit, mit der sie ihre Zweifel vortragen, zu erwarten habt, dann schlagt sie aufs Maul und nennt sie verantwortungslose Schwätzer. Das ist das mindeste, was sie verdient haben.«

Also nicht zweifeln, sondern alles schön finden? Aber wer sich dazu entschließt, wird vom »Allgemeinen Wegweiser« (den gibt es noch) als »Mensch ohne Mut« gebrandmarkt:

»Nur allzu viele Menschen gibt es, die sich ihrer Persönlichkeit kaum jemals ganz bewußt werden oder die sie wohl ahnen und fühlen, aber nicht den Mut haben, sich zu ihr zu bekennen. Was »man« tut, das ist für sie in jedem Fall das Richtige, das Einzigmögliche, dem sie ohne Bedenken ihre Eigenart und bessere Einsicht opfern. Das sind die Menschen, die es nirgends im Leben auch nur zu einem bescheidenen Maß von Selbständigkeit bringen. Sie haben nicht den Mut, der Stimme des eigenen Herzens zu folgen.«

Da haben nun die braven deutschen Bürger, die sich auf ihre totale Presse verlassen, die Wahl, ob sie für instinktlös, mäklerechtig oder feige gelten wollen. Ein Viertes gibt es nicht.

ligen Verkenkung des Wesens und der Aufgaben des Vertrauensrates entspringen. Die Vertrauensmänner hätten die Aufgabe, Mittler zu sein zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft.«

Nicht aber die Aufgabe, die Interessen der Gefolgschaft dem Unternehmer gegenüber zu vertreten, der seinerseits keine Interessenvertretung braucht, weil er ohnehin der Stärkere ist und im Zweifelsfall außer der Arbeitsfront noch die Gestapo hinter sich hat. — Während die Arbeitsrichter sich in schlaflosen Sitzungen bemühen, der Arbeitsfront eine mündgerochte Definition des Begriffes »Vertrauensmann« zu liefern, ist der Vertrauensmann selbst in den meisten deutschen Betrieben längst zur lächerlichen Figur geworden.

Deutsche Sorgen

»Bei der militärischen Sippenforschung ist zunächst streng zu scheiden zwischen der 1806/07 aufgelösten altpreuussischen — »Friderizianischen« und der 1807/08 entstandenen neuen preußischen — »Wilhelminischen« — Armee.

Die Forschung selbst hat stets zu beginnen mit der Feststellung des Kontingentes, dem der Truppenteil angehört und der in Betracht kommenden Zeitspanne. — Dann hat die Ermittlung des Garnisonsortes zu folgen oder mindestens die des Namens des Regimentschefs, des Bataillons- oder Kompaniechefs, oder der Nummer des Truppenteils. — Ist Name, Nummer oder die Garnison nicht zu ermitteln, so kann das Bekanntseins des Namens irgendeines Offiziers es ermöglichen, aus Offiziersnachweisen den Truppenteil festzustellen.

Hat man den Truppenteil schließlich gefunden, so sind die einschlägigen Werke zu benutzen...«

»Der Westens«, Berlin, Nr. 208.